

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

### Ver kündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußklasse

Das Blatt erscheint zum <b>Sonntag</b> ender Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 9 M. zuzüglich der jeweils geltenden Postgebühren	Herausgegeben vom <b>Deutschen Bauarbeiterverbande</b> Hamburg 25, Wallstr. 1	Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 5 M. für die dreigespaltene Peltzelle oder deren Raum berechnet
---	---	--

### Wölfe in Schafspelzen.

Die aus dem Deutschen Bauarbeiterverband ausgeschlossenen kommunistischen Zellenbauer Kaiser, Hedert, Bachmann & Co., haben das Bedürfnis gehabt, sich in einer Flugchrift an die Vereine des Verbandes zu wenden. Die Schrift führt den Titel: „Zum Verbandstag“. Angeblich haben sich Kollegen aus allen Teilen des Reiches und verschiedene Vereinsvorstände an Kaiser & Co. gewendet, um Material über die Ansichten der „Opposition“ zu verschiedenen Fragen der Bauarbeiterbewegung, vornehmlich über die Fragen, die den Verbandstag beschäftigen werden, zu erhalten.

Kaiser eröffnet den Weigen mit einem Artikel „Die Aufgaben der Gewerkschaften“. Er versucht, das Entstehen und den Werdegang der Gewerkschaften sowie die Kriegsvorgänge zu schildern, wobei er zutreffend darauf hinweist, daß sich viele Mitglieder — er redet von der „Masse“ — über die Kampfsmöglichkeiten nicht klar sind. Weil die Streiks nicht einheitlich — Generalstreiks —, sondern beruflich und lokal geführt und „geistig und organisatorisch ungenügend vorbereitet waren“, hat Kaiser Niederlagen auf Niederlagen gesehen. „Der große Haufen in den gewerkschaftlichen Organisationen und an seiner Spitze die Bureaucratie versucht den Niederlagen auszuweichen, indem man den Kämpfen ausweicht, wartend auf bessere Zeiten“.

Also der „große Haufen“ in den gewerkschaftlichen Organisationen ist ängstlich, gleichgültig, stumpfsinnig, erkennt weder Weg noch Ziel des Kampfes. Und die Gewerkschafts-„Bureaucratie“, die nach Kaiser immer noch auf die Arbeitsgemeinschaft eingeschworen ist, versagt natürlich erst recht. Scheint Kaiser somit eine größere „Aktivität“ der Gewerkschaftsführer in dem Kampfe der Arbeiterklasse zu wünschen und damit doch wohl eine entscheidende Beeinflussung des „Haufens“ durch die „Bureaucratie“, so will sein Freund Fritz Hedert das genaue Gegenteil. Hedert schreibt in einem Artikel „Was wollen wir Ausschließenden“:

„Da wir wissen, daß die Bedingungen des Kampfes in vieler Beziehung schwieriger sind als ehehem, und daß der Sieg größere Anstrengungen und größere Eingabe erfordert, weil er jetzt um größere Ziele geführt werden muß, und weil der Arbeiterkampf ein längerer, durch Erschöpfung des wichtigsten und zu jeder Zeit entschlossenes, gut organisiertes Unternehmertum gegenübersteht, legen wir Wert darauf, daß über die Notwendigkeit und Führung des Kampfes nicht eine Handvoll Führer entscheiden, sondern die organisierte Masse selbst. Das Verantwortungsgefühl der Masse für den Kampf kann nur gebildet werden, wenn diese an den Entscheidungen über ihr Schicksal teilnimmt. Es ist ein reaktionärer Gedanke, daß eine Anzahl angestellte einer Organisation die Verantwortung zu tragen haben über das Schicksal der großen Masse. In der Periode, wo die Kämpfe um Sein oder Nichtsein der Arbeiterklasse gehen, kann die Arbeiterklasse in ihren Handlungen nicht durch eine Anzahl Bureaucraten beeinträchtigt werden.“

Hedert gehört bei den Kommunisten nicht zu dem großen Haufen, sondern er ist sogenannter Oberboje. Er ist im Deutschen Bauarbeiterverband lange genug an führender Stelle gewesen, um zu wissen, daß bei uns nicht über Notwendigkeit und Führung von Kämpfen von einer Handvoll Führern, nicht von einer „Anzahl Bureaucraten“ entschieden wird. Allerdings reden auch die Führer ein Wort mit bei uns, um über die Kampfsmöglichkeiten Klarheit zu schaffen und unter gewissen Umständen der „Masse“ zu erklären, daß der von ihr gewünschte Kampf mit Mitteln des Verbandes nicht geführt werden kann. Hedert weiß das; er weiß auch, daß es gar nicht anders sein kann, daß die „Masse“ geführt sein will und muß! Hedert ist immer ein ausgesprochenes Bestworter des Zentralismus gewesen, er ist es heute noch und muß es in seiner Partei mehr denn je sein; denn ohne zentralistische Gewalt gäbe

es heute noch keine kommunistische Partei oder es gäbe keine mehr. Gerade Hedert steht es schlecht an, die „Masse“ gegen die „Führer“ aufzurufen; denn er gehört zu denen, die den Massen fluchen, wenn sie nicht ihm folgen.

In seinen weiteren Ausführungen sucht Hedert sich und seinesgleichen hinaustellen als die durch den Verbandsvorstand verfolgte Unschuld. Er schwafelt viel von Bürgerkriegspolitik und Arbeitsgemeinschaft während des Krieges und nachher: „In der Arbeitsgemeinschaft wurden die Interessen der Arbeiter untergeordnet den Profitinteressen des Kapitals. Durch die Arbeitsgemeinschaft wurde der Wiederaufbau der durch die Kriegspolitik zerstörten Wirtschaft vereitelt oder zumindestens beträchtlich verlangsamt. Die Arbeitsgemeinschaft würde von den Kapitalisten ausgenutzt, um sich auf Kosten der Arbeiter von den Folgen des Krieges zu retten. Die Ausschließenden deckten diesen Zusammenhang zwischen Bürgerkriegspolitik und Arbeitsgemeinschaft auf und wurden dafür von der Gewerkschaftsbureaucratie auf das Heftigste verfolgt.“

Einbildung ist eine schlimme Krankheit. Und Hedert leidet an übermäßiger Einbildung. Die Bauunternehmer werden die Tränen weinen, wenn sie hören, welche Früchte die Arbeitsgemeinschaft getragen hat und wenn sie dann feststellen müssen, daß ihnen — weil Hedert in die Schranken trat — davon nichts in den Schoß gefallen ist. Ach ja, wir hatten eine „Arbeitsgemeinschaft“. Arbeitervertreter und Unternehmervertreter haben gemeinsam versucht, die maßgebenden Behörden für die Zulassung des Baugewerbes mobil zu machen. Darüber ist die Tätigkeit der „Arbeitsgemeinschaft“ kaum hinausgekommen. Und der Reichsratstag hätte sich wirklich nicht in die geistigen Anstöße zu stützen brauchen, um diese „Arbeitsgemeinschaft“ totzuschlagen.

Was wollten, was wollen wir Ausschließenden? Diese Frage wirft Hedert wiederholt auf. Hedert will sich und seine Genossen zunächst dagegen verwahren, daß sie ein „Ausbund von Bosheit und Eide“, eine „Bande ausgesprochener Halunken“ seien, wie man nach den „Sprüchlein der Pleprow, Pöfser und Ellinger“ annehmen könnte. Er sagt weiter: „Damit die Ausschließenden in dem Gewerbe bleiben, es darauf angelegt zu haben, die Organisation der Bauarbeiter zu ruinieren, hat der Hauptvorstand fürsorglich angeordnet, daß die wegen kommunistischer Umtriebe Ausschließenden unter allen Umständen von den Mitgliedern fernzuhalten sind... Würden die Ausschließenden wirklich nur ein Interesse an der Schädigung der Organisation haben... dann könnten sie sich mit dem Ausschluß aus der Bauarbeiterorganisation ohne Widerspruch abfinden. Denn was sollte ein solcher Ausschließener für ein Interesse haben, Mitglied in einer Organisation zu sein, die er im Grunde hasst?... Uns Ausschließenden lag nie der Gedanke nahe, durch unsere Stellungnahme zu den Fragen der Arbeiterbewegung die Organisation zu schädigen... Es ist also eine infame Lüge, wenn die Verbandsvorstände erklären, die wegen „kommunistischer Umtriebe“ Ausschließenden hätten die Absicht gehabt, die innere Geschlossenheit und Kampffähigkeit der Verbände zu lockern oder zu zerstören.“

Ach, ihr unschuldsvollen Rämmler! Seid ihr wirklich so dumm, daß ihr nicht wußtet, was ihr machtet? Oder glaubt ihr, daß die Mehrheit der Verbandsmitglieder ein so kurzes Gedächtnis hat, um eure Taten nicht vergessen zu haben? Es ist ganz überhebliches Gesabbel und durch und durch unwahr, wenn Hedert immer wieder betont: „Das Reilmotiv bei allen unsern Handlungen war, der Organisation zu nützen, sie widerstandsfähiger und kampfwilliger gegen den einen Feind der Arbeiterklasse, das Unternehmertum, zu machen. Wir sehen in den Organisationen der Arbeiterklasse Instrumente des Klassenkampfes, Verbindungen, die sich die Arbeiter geschaffen haben, um ihre Interessen gegenüber der besitzenden Klasse besser verteidigen zu können... Jeder Angriff

auf die Einheit der Organisationen, ja, jedes Spielen mit dem Gedanken, den inneren Zusammenhalt der Organisation aus föderalistischen oder berufspartikularistischen Gründen zu lockern, wird von uns als ein Verbrechen an der Arbeiterklasse bewertet.“

Daß die Organisationen der Arbeiterschaft Kampfinstrumente sein müssen zum Schutze und Aufstieg der Arbeiter, das haben die meisten derzeitigen Vorstandsmitglieder des Bauarbeiterverbandes schon genützt — selbstverständlich auch danach gehandelt — als Hedert das Wort Arbeiterbewegung kaum genannt haben mag und als Bachmann an alles andere, aber nicht an Klassenkampf gedacht hat. Hedert will uns glauben machen, daß er die Seele des Volkes gründlich kennt, daß er berufen sei, der Arbeiterschaft neue Wege zur Vollendung des Klassenkampfes zu zeigen. Wenn er es selbst glaubt, dann ist er ein großer — Narr. Jedenfalls glaubt die Arbeiterschaft ihm nicht; um so weniger, da seine Taten gegen ihn zeugen. Wahr mag sein: Aus föderalistischen oder berufspartikularistischen Gründen haben Hedert und Genossen die Einheit der Organisation nicht angegriffen. Es war auch nicht von vornherein ihre Absicht, die Einheit überhaupt zu lockern. Nein, sie wollten die ganze Organisation in ihre Finger bringen, sie für die kommunistische Partei erobern, um sie zum Tummelplatz wahnwitziger Politik zu machen, die zurzeit als Kommunismus ausgegeben wird. Dazu haben Hedert und Genossen Befehl von der kommunistischen Partei, dem sie sich nicht entziehen können. Die Eroberung der ganzen Organisation für die kommunistische oder irgendeine andere Partei ist aber völlig ausgeschlossen, und da man doch nicht untätig sein durfte, konnten Hedert und Genossen auch vor der Störung der Einheit, vor der Spaltung der Organisation nicht zurückweichen. Sie haben besondere Konferenzen abgehalten, sie haben Flugblätter und Zeitungen herausgegeben, sie haben Versammlungen abgehalten, wo sie nichts zu suchen hatten, um kommunistische Zellen zu bauen und damit den Grund zu einer kommunistischen Sonderorganisation im Bauarbeiterverband zu legen. Und es ist ihnen leider gelungen, einen kleinen Teil der Mitglieder zur Unbotmäßigkeit gegen die Verbandsordnung zu bringen. Die Hedert und Genossen sind von Verbandsvorstand erst zur Umkehr ermahnt, dann verbannt worden. Bald mit heuchlerischem Augenaufschlag, bald mit frecher Stirn haben sie sich berufen auf das Recht der Meinungsfreiheit im Verband: Der Verbandsvorstand hat gar nichts zu verbieten, wenn wir, Hedert, die neue Lehre der „Einheit“ im Verband verkünden! Sie haben weiter die Einrichtungen des Verbandes benutzt, um ihre Bührarbeit für die Politisierung des Verbandes im kommunistischen Sinne fortzusetzen. Dann sind sie ausgeschlossen worden. Erst die Wortführer und dann diejenigen, die ihnen und der kommunistischen Partei weiterhin einen Einfluß im Verband sichern wollten.

Nun heulen sie wieder: Ach, was hat man uns verkannt. So können wir uns doch nicht voneinander trennen. Wenn nicht die törichten Bureaucraten Pleprow und Genossen wären, wie einheitlich doch stände der Verband und wie herrlich weit hätten wir es im Verband gebracht. Nehmt uns wieder auf, wir haben auch heute noch den Verband — zum Fressen gern!

Wenn die wegen kommunistischer Umtriebe aus dem Verband Ausschließenden auch nur ein Fünkchen Ehrgefühl im Leibe hätten und einen kleinen Teil der Acht, wie sie in der kommunistischen Partei herrscht, auch den Gewerkschaften zubilligen würden, so müßten sie alle miteinander erklären: wir sind, weil wir uns der Ordnung nicht fügten, zu Recht ausgeschlossen worden. In der kommunistischen Partei fadelt man nicht solange mit Leuten, die sich dort nur ein Zehntel sozial haben zuschulden kommen lassen, wie Hedert und Genossen bei uns. Gäßen diese sich gegen die kommunistischen Grundsätze so ver-

sündigt, als sie es gegen die gewerkschaftliche Ordnung getan haben, so wären sie mindestens nach Sibirien deportiert worden, wenn Moskau dazu die Macht gehabt hätte.

Waschmann hat sich die „Tarifpolitik“ und die „Sozialisierungspolitik“ des Verbandsvorstandes vorgeknöpft und versucht, sie mit einigen dummen Scherzen abzutun: „Die grundsätzliche Zustimmung zum Aufbau des kapitalistischen Staates bedingte natürlich, daß nur Tarifverträge abgeschlossen werden konnten, die sich eingliederten sowohl in das privat- wie in das staatskapitalistische Getriebe.“ Waschmann kann hiermit nur sagen wollen, daß es auch möglich gewesen wäre, mit Unternehmerorganisationen Verträge abzuschließen, wodurch der Kapitalismus abgeschafft wird, oder worin den Arbeitern als der einen Vertragspartei die Freiheit gegeben wird, die andere Partei (die kapitalistischen Unternehmer) nach Strich und Faden abzuwürgen. Wenn so etwas möglich ist, und Waschmann dies schon früher gewußt hat, dann hätte er uns diese Weisheit doch schon längst verraten müssen; als er noch Mitglied des Verbandes war, als er einen großen Verein leitete und häufig Gelegenheit hatte, über Tarifverträge zu verhandeln, da wäre es doch an der Zeit gewesen, den abnungslosen Verbandsvorstand, ja, den ganzen Verband aufzuklären. — Will aber Waschmann sagen, daß unter solchen Umständen — wegen des privat- und staatskapitalistischen Getriebes — überhaupt kein Tarifvertrag abgeschlossen werden dürfte, so hat er sich wiederum der großen Sünde schuldig gemacht, daß er immer mitgeholfen hat, solche Tarifverträge unter Dach und Fach zu bringen, und nicht etwa widerwillig.

Nachdem Waschmann „festgestellt“ hat, daß die Tarifpolitik und das Streikstatut des Bauarbeiterverbandes „letzten Endes in eine Sadgasse geführt hat“ und nach einigen weiteren Mägen über das streikverhindernde Statut des Bauarbeiterverbandes und über einige Streikvorwände „triumphiert“ Waschmann: Паepлоw weiß nun nicht ein noch aus. Das hat W. herausgefunden aus der Erklärung Paeplovs auf der Verratskonferenz im November 1921: Es sei zu überlegen, ob man mit den Unternehmern wieder zu einem Tarifvertrag kommen wolle oder nicht. . . . Es wird von den Kollegen abhängen, was wir tun.

Ja, Paeplovs hat noch den Fehler an sich, daß er sein Tun von dem Willen der Mitglieder abhängig macht. In diesem Falle ist das aber zu tabeln, denn es führt in die „Sadgasse“. Waschmann würde die Mitglieder natürlich nicht nach ihrem Willen fragen, allerdings auch nicht nach seiner eigenen Meinung handeln — wenn er eine hätte —, sondern das tun, was ihm irgend ein Sowjethäuptling zu befehlen geruht hätte.

Aber auch die „sogenannte“ Sozialisierungspolitik des Verbandsvorstandes führt in die Sadgasse: Je mehr diese Genossenschaften in den einzelnen Bezirken Träger der Produktion werden und je mehr Verbandsgelder in den Genossenschaften festgelegt werden, desto mehr haben die Leiter der Organisationen im ersten Falle ein Interesse für Nichterhöhung der Löhne (Produktionskosten) und im zweiten Falle daran, daß diese Genossenschaften nicht bestreikt werden. — Das geht dem Waschmann sehr wider den Strich, er hält das Streiken vielleicht für eine Lebens-

aufgabe; er ist freilich nie ein Freund produktiver Arbeit gewesen. Wir sind allerdings der Meinung, daß es auch für die Arbeiter das Beste wäre, wenn nicht gestreikt werden bräuchte. Und jeder vernünftige Arbeiter wird uns zustimmen, daß in den von Arbeitern gegründeten gemeinnützigen Betrieben nicht gestreikt werden darf, wenn den darin beschäftigten Arbeitern das gewährt wird, was ihnen nach Lage der Verhältnisse gerechterweise gewährt werden kann. Daß Lohnerhöhungen nicht immer gleichbedeutend sein brauchen und müssen mit der Erhöhung der Produktionskosten, scheint W. nicht zu wissen. Dabei braucht man nicht an eine verstärkte körperliche Anstrengung der Arbeiter zu denken, sondern durch Verbesserung der Gerätschaften, Gerüste und Materialien sowie durch reibungslose und hoch straffe Betriebsführung lassen sich sogar bei Lohnerhöhung die Produktionskosten erniedrigen. Das ist auch eine Aufgabe, deren Lösung sich die gemeinnützigen Baubetriebe angelegen sein lassen müssen und werden. Für Waschmann ist das allerdings nicht verlosend, darum krägen sie von Sadgassen und Arbeiterverrat.

Mit einigen andern großen Kindern, die in der Flug-schrift zu Worte gekommen sind, werden wir uns in einer der nächsten Nummern des „Grundstein“ beschäftigen.

### Armut verpflichtet.

„Hallo“, werden unsere Kollegen beim Lesen der Leberschrift rufen, „was ist nun los? Will der „Grundstein“ den alten Grundlos „Noblesse oblige“ (Reichtum verpflichtet) in sein Gegenteil verkehren? Will er die Reichen von allen Pflichten entbinden?“ Im Mißverständnis vorzubringen, wollen wir deshalb gleich hier sagen, daß wir nicht diese Absicht haben. Wir wollen nur auf das hinweisen, was längst Tatsache ist. Nämlich, daß in Wirklichkeit das Wort „Reichtum verpflichtet“ längst nicht mehr gilt. Es war eine schöne Theorie. Bis vor einigen Jahren waren auch die mit Weisheit Gesegneten selbst noch bestrebt, den Anschein aufrechtzuerhalten, als hätten sie besondere materielle und moralische Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit. In den letzten 3 Jahren haben sie sich demarschiert. Sie zeigen ihre Seele naedend, in ihrer ganzen habgierigen und selbsthüchtigen Häßlichkeit.

Daß die Besitzenden in der Vorkriegszeit gefällige Stribenten und Gelehrte fanden, die dem blinden Höder immer wieder „bewiesen“, daß die Reichen eigentlich die Stützen der Gesellschaft und des Staates sind, ist bekannt und begründet; denn ihre Auftraggeber bezahlten solche Dienste gut. Unbegründet aber ist, daß es nach dem Kriege eine Anzahl Volkswirtschaftler, politischer und wirtschaftlicher Schriftsteller gibt, die ihre Aufgabe darin erblicken, der Arbeitererschaft planmäßig zu machen, daß sie, und sie allein, die Verpflichtung hat, diesen Staat und diese Gesellschaft aufrechtzuerhalten. „Nur Arbeit kann uns retten!“ „Man soll die Revolution nicht zu einer Lohnbewegung machen!“ so und ähnlich schallte es den Arbeitern entgegen. Nicht aus den Vätern der Reaktionäre und Unternehmer, denn diese waren zunächst viel zu sehr in Angst, um überhaupt eine Lippe zu riskieren. Nein, es waren leider Männer, deren Namen in der Arbeitererschaft einen guten Klang hatten. Daß die Unternehmer und Geschäftsmänner diesen Gesang gern hörten, ist verständlich. Und als sie sich vom Schreck erholt

hatten, stimmten sie freudig mit ein. „Nur Arbeit kann uns retten!“ Selbstverständlich meinten sie die Arbeit der anderen. Denn für sie selbst galt und gilt noch immer das bekannte Wort: „Wer die Arbeit kennt und sich nicht drückt, der ist verdrückt!“ Es ist uns auch niemand unter den Mißsprechern bekannt geworden, der den einzig richtigen Schluß aus jener Mahnung gezogen hätte und nun selbst produktive Arbeit verrichtete. Auch sie meinten nicht ihre eigene, sondern die Arbeit der anderen, die sie retten wollten. Wenn man annehmen dürfte, daß diese „wohlmeinenden“ Freunde der Arbeiterschaft diese um Gold oder Papier den Unternehmern zutreiben wollten, so wäre das zwar kein angenehmer Gedanke, aber immerhin eine Erklärung. Zu einer derartigen Annahme besticht aber kein Grund. Man muß annehmen, daß all diesen guten Freunden entweder der riesengroße Betrag, den das deutsche Vürgertum in der Kriegszeit an der deutschen Arbeiterschaft verlor, nicht zum Bewußtsein kam, oder daß sie einen derartigen Betrag für so selbstverständlich hielten, daß es sich nicht lohnte, darüber zu reden, zu schreiben und die Nutzenwendung zu geben.

„Durch Schaden wird man klug!“ Gift dieses Wort auch für diese „Volkswirte“? Anscheinend nicht; denn das Vürgertum nützte die Arbeit der anderen, um sich ungeheuer zu bereichern. Es machte die Revolution zu einer Lohnbewegung für sich. Nicht die Reichen verloren Güter, sondern die Armen, die Arbeiterschaft und der niedere Mittelstand wurden und werden zu ihren Gunsten enteignet. Der Wert der Arbeiterschaft wurde auf etwa die Hälfte seines früheren Wertes herabgesetzt. Und dieser Enteignungsprozeß dauert noch an. Als Entgelt erhielten die Arbeiter einen ganzen Haufen papierner Rechte, den achtstündigen Arbeitstag und Steuererlässe, die ihnen gestatteten, die Kästen für die Erhaltung des Staates ganz allein auf ihre Schultern zu nehmen.

Der Achtstündentag ist die Realität, das Greifbare und Gute für die Arbeiterschaft. Und darum läuft auch das reaktionäre Vürgertum Sturm dagegen. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit wird in seinen Blättern, in seinen Versammlungen, auf seinen Organisationsstagen gegen den Achtstündentag gewettert. Ohne den verlängerten Arbeitstag ist angeblich Deutschland auf dem Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig. Dabei klagen alle Industrie- und Handelsbörse über die deutsche Konkurrenz, die ihnen infolge der niedrigen Löhne, und der Mächtigkeit der deutschen Arbeiter, den Wettbewerb unmöglich macht. In all diesen Ländern verlangen die Unternehmer neben andern Maßregeln eine Verlängerung des Arbeitstages ihrer konnationalen Arbeiter, um dem deutschen Wettbewerb standhalten zu können. Sogar in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in Australien, 2 Staaten, in denen der achtstündige Arbeitstag lange vor dem Kriege eingeführt war, fordern die Unternehmer heute die Verlängerung. In England und Nordamerika haben die Arbeiter mehrerer Berufe freiwillig zugestimmt, daß ihre Stundenlöhne bedeutend herabgesetzt werden, um der übermächtigen deutschen Konkurrenz willen. Und unsere Unternehmer sind sichamlos genug, trotzdem die Lüge aufrechtzuerhalten, daß der Arbeitstag verlängert werden müsse, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Hinter diesem Streben steckt allerdings anderes. Zunächst sind es wohl politische Gründe. Den meisten Unternehmern paßt es gar nicht in den Ram, daß die Arbeiter jetzt täglich 2 oder 3 Stunden mehr Zeit für sich haben. Die Zeit können sie benutzen, um zu lernen, sie können sich um öffentliche Angelegenheiten kümmern usw. Und das sind doch Dinge, die das Großvürgertum als sein

### Vorgeahntes Leid.

An Ebert.

Weggehn muß ich und weinen!  
Vielleicht, daß die kumbernde Träne  
meinen Gram mir verweint.  
Vindernde Tränen, euch gab die Natur  
dem menschlichen Gend  
Weiß als Gesellinnen zu.  
Wäret ihr nicht, und könntet der  
Mensch sein Leiden nicht weinen,  
Ich, wie ertrüß' er es da!  
Weggehn muß ich und weinen!  
Mein schwermutsvoller Gedanke  
bebt noch gewaltig in mir.

Aus Stolpows „Die an Ebert“. Hamburg 1771.

### Badewannen aus Beton.

ATK. Badewannen aus Beton sind keineswegs etwas völlig Neues. In einem im Jahre 1907 erschienenen Werke von Heodor Witt „Der Beton und seine Anwendung“ findet man bereits folgenden Satz: „Auch schöne, dauerhafte und leicht sauber zu haltende Badewannen in allen Größen und Formen kommen immer mehr in Gebrauch, so daß sich auch hierin mit der Zeit ein besonderes Absatzgebiet erschließen wird.“ Das ist allerdings alles, was Witt über diesen Gegenstand ausführt, obwohl er sonst fast jedes Ereignis aus Beton eingehend behandelt. Im Grunde ist es merkwürdig, daß die Betonbadewannen nicht schneller Verbreitung und Eingang gefunden haben; denn man muß sich doch vergegenwärtigen, daß sich der Eisenbeton aus dem Tragement Moniers entwickelt hat. Monier mußte nichts von der großen Tragweite seiner Erfindung, sondern er dachte nur an die Herstellung großer Gefäße,

insbesondere Pfanzentübel, die er aus einem Drahtgewebe fertigte und beiderseitig mit Zementmörtel lieferte. Nachdem sich der Drahtement für diese Zwecke als geeignet erwiesen, war es sicher kein sehr bedeutender Schritt, nun auch zu andern und noch größeren Gefäßformen überzugehen. Aber tatsächlich haben sich aus Moniers Erfindung zunächst die Monierbrände und Wäden des Hochbaus und aus diesen die bewährten Betonkonstruktionen entwickelt. Später ist man auch zur Konstruktion von großen Reservoiren aus Eisenbeton, zum Bau von Betonbrücken sowie mannigfachen Behältern übergegangen, zu denen auch die Pflaster, Wollkäse, Krüge und Badewannen aus Beton gehören. Die Badewannen haben noch mannigfache Wandlungen durchgemacht, bis sie in der Form der patentierten dünnwandigen Eisenbeton-Badewannen auftauchten, die wir auf der letzten Leipziger Baumeße gesehen haben. (Aussteller war Georg Zurlach, Hamburg.)

Das Merkwürdigste bei diesen Betonwannen ist ihr geringes Gewicht — die Wände sind nur 1 cm stark. Die Armierung besteht aus Stahldrähten und Drahtgeweben und die Befestigung aus einer nach besonderem Verfahren gehärteten Gesteinsmasse, die glatt geschliffen und poliert wird und etwa wie Terrazzo oder Granit wirkt. Der wesentliche technische Fortschritt besteht also darin, daß man die Wände dieser Betonwannen nicht viel stärker als bei den Metallwannen herzustellen braucht, während die früheren Betonwannen infolge der starken Wandungen sehr schwer wurden.

Die Reinigung der Wannen geschieht am vorteilhaftesten gleich nach dem Gebrauch durch Auswaschen mit klarem Wasser und Nachreiben mit einem trockenen Tuch. Hat sich bereits an den Wänden eine Seifenschicht festgesetzt, so entfernt man sie mittels eines Seifenlappchens. Jegliche Benutzung von Putzmitteln, wie sie bei Metallen oder andern Gegenständen gebräuchlich sind, ist zu vermeiden, da diese Mittel ausnahmslos Säuren oder ätzende Substanzen enthalten, welche bekanntlich sowohl Marmor wie auch jeden Natur- und Kunststein stark angreifen.

Fr. Hth.

### Herstellung von Mastlöchern mit Dynamit.

ATK. Die Anlagen der elektrischen Kraftübertragung und die elektrischen Fernmeldeanlagen bedürfen eines weiten gespannten Netzes von Freileitungen mit Masten in allen Größen. Diese Masten werden aus Holz, Eisen oder Beton hergestellt. Holzmasten finden im allgemeinen nur noch bei sehr leichten Leitungen oder bei Schwachstrom Verwendung; für Starkstromleitungen mit hoher Spannung verwendet man fast ausschließlich Beton- oder Eisenmasten. Letztere vielfach mit einem Sockel aus Beton. Naturgemäß ist der Aufstellung der Masten größte Sorgfalt zuzuwenden; sie müssen dauernd eine große Belastung tragen und außerdem gegen Witterungseinflüsse, namentlich Feuchtigkeit und Frost, widerstandsfähig sein.

Auch die Aufbringung der Mastlöcher ist sorgfältig vorzunehmen; ein schnelles und sicheres Verfahren zur Herstellung von Mastlöchern mit Dynamit ist der Dresdener Dynamitfabrik A.-G. durch Patent geschützt. Es wird folgendermaßen verfahren: Zunächst wird mittels Spreitbohrens oder Schlagbohrens und Hammers ein Ladeloch hergestellt. In dieses Loch führt man eine Papphülse ein, die abwechselnd mit Kompressoren und Heinen Papphüllen abwechselnd ist. Jede Patrone hat eine Sprengkapsel, die oberhalb außerdem eine Zündschnur, mit deren Hilfe die Zündung bewirkt wird. Bei der Explosion entzweit kein Trichter, wie man denken könnte, sondern ein zylindrisches Loch, das das Erdreich nicht nach oben hinausgeworfen, sondern nur nach der Seite verdrängt wird. Der Mast kann dann sofort eingeführt werden und steht in dem so entstandenen Loch besonders fest, da der Boden ja an der Seite fest zusammengebrückt ist. Die Arbeit geht mit Hilfe dieses Verfahrens wesentlich jändeller und bequemer vonstatten als durch Grabarbeit und die Aufstellungskosten sind wesentlich geringer.

Die Ladung kann, je nach den Bodenverhältnissen und der Dicke der aufzustellenden Masten größer oder kleiner gewählt werden.

Frk.

Präbilität betrachtete. Die Politik in Staat und Gemeinde machten selbstverständlich; natürlich um dem Reichstum keine materiellen Verpflichtungen aufzuerlegen. Dann haben die „Macher“ in den letzten 7 Jahren so gut verdient, daß sie zurzeit in ausländischen Banken usw. bereits wieder 45 Milliarden Mark (Papiermark) angelegt haben. Das erweist natürlich den Reichtum ihrer Klaffengenosse, die es bisher nicht vermochten, sich so viel anzueignen von dem was „die andern“ erarbeitet haben. Und da hat nun nach ihrer Auffassung die Arbeiter-schaft, die Armut, die Pflicht, für mehr zu sorgen. Das, glauben sie, sei durch die Beilegung des Achtstundentages zu erreichen.

Aber neben der Rüge vom internationalen Wettbewerb kommt es der Arbeiterklasse auch auf andere Unwahrheiten nicht an, wenn es gilt, einen ihrer selbstfüchtigen Zwecke zu erreichen. Wir haben gerade so ein Beispiel vor uns. In der „Baugewerkszeitung“, Nr. 5, meldete sich ein Baumeister C. Höpfer, dem der Arbeitstag der andern nicht lang genug ist. In einem Artikel: „Die Unterwürfung des Baugewerbes durch den achtstündigen Arbeitstag“ schreibt er als Einleitung: „Die Erfahrungen der letzten beiden Jahre haben mit erschütternder Deutlichkeit gezeigt, welche ungemaine Schädigung die überfahrene Bestimmung des achtstündigen Arbeitstages dem gesamten Bauhandwerk und nicht zuletzt den Steuer- und sonstigen Behörden brachte und noch weiter bringen wird, wenn nicht kräftig wirkende Maßnahmen dagegen getroffen werden.“ Zunächst wollen wir uns mit diesen Behauptungen ein wenig befassen. Also, Herr Baumeister, Ihre Behauptung über die „ungemaine Schädigung des gesamten Bauhandwerks“ ist Unsinn. Was in die Mitte des letzten Sommer hinein waren in Deutschland so viele Bauarbeiter arbeitslos, das es ein Verbrechen gewesen wäre, die in Arbeit stehenden länger als 8 Stunden arbeiten zu lassen. Ihre Sorge um die Steuerbehörden veranlaßt uns zu fragen: „Herr Baumeister Höpfer! Haben Sie und Ihre Berufs-genossen (die Unternehmer sind gemeint) schon Ihre Einkommensteuer für 1920 bezahlt? Die Arbeiter haben bereits für 1921 bezahlt und zahlen jetzt für 1922. Wahrscheinlich wünschen Sie, Herr Baumeister, daß die Arbeiter noch mehr Steuern zahlen, damit Sie gar nicht zahlen brauchen, denn Armut verpflichtet wahrheitsgemäß auch nach Ihrer Meinung.“ Wir wollen unsere Leser von vornherein darauf aufmerksam machen, daß der übrige Inhalt des Artikels den ersten beiden Sätzen gleichwertig ist; das geht auch schon aus dem folgenden Satz hervor, der also lautet:

„Ausgerückt, in höchstens fünfstündiger wüthlicher Arbeitszeit und dreistündigen Ruhepausen, kommen heute eine große Anzahl Bauhandwerker jeder Kategorie von ihrer „Arbeit“ nach Hause.“

Was ist? Nun die Arbeiter nichts weiter, als daß sie sich zuerst in der Arbeitszeit 5 Stunden ausruhen und dann in den Ruhepausen nochmals von Ausruhen ausruhen? Und dann kommen sie in diesen 5 und 3 Stunden auch noch nach Hause. Das ist zuviel! Das ist unverschämlich! Wenn sie in den 8 Stunden nichts getan hätten, so wäre das zwar nicht schön, aber begrifflich. Daß sie aber gleich zweimal nichts getan haben, ist unverschämlich. Aber ist es nur ein mathematisches Exempel, das nur Herr Baumeister Höpfer lösen kann? Denn er ist ein gelehrter Mann. Oder meinen Sie „gelehrt“, verehrter Leser? Auch möglich. Aber dann ist die intellektuelle Leere in ihm ausgefüllt durch blinderen Haß gegen die Bauarbeiter-schaft. Und dieser Haß veranlaßt ihn, die deutsche Sprache zu mißhandeln. Er sollte eigentlich wegen Notzucht, begangen an einer edlen Dame, die sich nicht wehren kann, vor Gericht. Zum Ernst; unsere Kollegen werden begreifen haben, was Höpfer hat sagen wollen, nämlich, daß sie nur 5 Stunden arbeiten, statt 8. Das ist eine Verleumdung. Soviel wir auch in den letzten 3 Jahren danach geforscht haben, immer ist uns nur ganz vereinzelt von Unternehmern geklagt worden, daß die Arbeitsleistung geringer sei als in der Vorkriegszeit. Das war selbst in jener Zeit ja, als von Fabrikbetrieben ganz allgemein über Arbeitsmangel geklagt wurde. Aber der Herr Baumeister verleumdet noch weiter. In der Preissteigerung der Wohnungen sind nach ihm natürlich nur die Bauarbeiter schuld. Von den Wucherpreisen für Baustoffe, die durch die Höhe der Arbeitslöhne nicht bedingt sind, hat er nie etwas vernommen. Insofern gehört er also zum Klub der Heimgelassenen. Wie bösartig er jedoch sein kann, beweist nachfolgender Satz:

Von diesen so ausgeübten Bauarbeitern werden nun, nach beendeter Arbeitszeit, bei dem Arbeitgeber Arbeitsausführungen auf eigene Faust übernommen, natürlich zu einem Preis, mit dem ein Baugeschäft nicht konkurrieren kann. Wo die Materialien zu diesen sogenannten Scharwerkarbeiten der Arbeitnehmer in gewissen Fällen herkommen, kann sich jeder Bau-sachmann selbst erklären. Wieviel stammen diese aus Quellen, die von anderer Seite bezagt werden und wieviel sind sie auch direkt, allerdings ohne Bezahlung, den Vorräten des Arbeitgebers „entnommen“.

Und weiter heißt es: „Die aus den Scharwerk-sarbeiten eintommenden Arbeitslöhne erscheinen wohl in den allermeisten Fällen in keiner Steuererklärung, keinen Steueranfragen, keinen Berufsbescheinigungen, keiner Stelle für Unzulässigkeits- oder Altersversicherung. Deren Kosten muß das christliche Bauhandwerk aufbringen, die unter der Last der ungeschätzten hohen Beiträge bald unterliegen.“ Herr Baumeister Höpfer muß schon viel gelitten haben, da er so genau weiß, wie es gemacht wird.) Und nun verlangt der Herr Baumeister, der wohl einen besonders hohen Rang unter den Innungsmeistern einnimmt, weil

die Schriftleitung der „Baugewerkszeitung“ nicht wagte, seine absonderliche deutsche Sprache zu verbessern, daß sämtliche Behörden gegen dieses Pseudodokument mobil gemacht werden. Sogar die Arbeiterorganisationen will er dabei helfen lassen. Er ist ein wenig spät aufgetaucht, der gute Herr, sonst würde er wissen, daß die Arbeiter-verbände längst gegen jene Bauarbeiter vorgegangen sind, die nach Feierabend oder an Sonntagen bei andern Leuten für Lohn arbeiten. Und wenn er wittert: „In Stadt und Land, namentlich aber in Provinzorten, preisen es die Späßen von den Dächern, daß die Maurer A., B. und C., und die Zimmerleute D., E. und F. nach ihrer Tätigkeit bei einem Arbeitnehmer, mehr Arbeiten ausführen, als die ortsangehörigen, stehenzahlenden und sonst für den Staat und dergleichen sich mühenzenden Baugeschäfte“, so ist das einmal eine riesige Uebertreibung und zum andern Inkonsequenz. Denn, wenn man zuerst gegen die achtstündige Arbeitszeit loszieht, so darf man nachher nicht schimpfen, wenn die Arbeiter länger arbeiten und sich so auf ihre Art „für den Staat mühen“. Eine Uebertreibung, weil die Sache wirklich so schlimm nirgends ist, wie sie Höpfer hinstellt. Aber das wende ich zuviel. Wer unter unfern Verbandsmitgliedern dabei betroffen wird, der wird bestraft. Jedoch nicht, weil sich die Herren Baumeister so sehr für den Staat mühen, sondern weil wir die achtstündige Arbeitszeit festhalten wollen. Im übrigen kann Baumeister Höpfer froh sein, daß die Bauarbeiter bei den Staatsanwälten nicht ebenso beliebt sind, wie die ehemals kaiserlichen Offiziere, sonst würde er bald zu einigen tausend Mark Geldstrafe verurteilt sein.

**Vom Wiederaufbau in Nordfrankreich.**

Wie vier einer uns zur Verfügung gestellten Uebersetzung eines Aufsatzes in der französischen Zeitschrift „Ergelsoir“ vom 21. November 1921 entnehmen, ist zwischen dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur und dem Vertreter des italienischen Auswanderungskommissariats, v. Michels, eine Vereinbarung getroffen worden, wonach Italien auf Abruf für den Wiederaufbau die erforderlichen Arbeitskräfte liefert. Für diese italienischen Arbeiter sollen Arbeiten im Werte von 1 1/2 Milliarden Francs bereitgestellt sein. Wie der Aufsatz sagt, ist Frankreich wohl am besten mit Rohstoffen versehen, doch fehle es ihm an Arbeitskräften. Letzteres wird unseres Erachtens niemand wundernehmen, wo Frankreich Hunderttausende der fröhlichsten Männer unter den Waffen hält, lediglich seiner militärischen Zwecke willen. 50 000 Arbeiter hatte das italienische Auswanderungsamt im Jahre 1919 schon entsandt, doch sollen sie wegen „Streit“, um den französischen Erdbauern, Maurern, Piegelstreichern, Tischlern, Zimmerern usw. Arbeit zu verschaffen, wieder abgereist sein. Der Hauptgrund des Streiks war jedoch, daß die französischen Unternehmer die italienischen Arbeiter nach allen Regeln der Kunst über Ohr zu haufen versuchten, um aus den landfremden Proletariaten noch einen besonderen Profit zu münzen. Die zur Regelung der Arbeiter-verhältnisse eingesetzte französisch-italienische Kommission stellte ihre Tätigkeit ebenfalls ein. Jetzt sollen jedoch mit französischen und italienischen Unternehmern bedeutende Aufträge abgeschlossen und ein Teil der Arbeiten im Werte von 1 1/2 Milliarden den italienischen Arbeitern vorbehalten sein. Für die Auswanderung der italienischen Arbeiter sind folgende Grundzüge vereinbart: 1. Vor der Auswanderung Verbesserung der allgemeinen Ausbildung des Arbeiters. 2. Steigerung seiner Leistungsfähigkeit auf einem bestimmten Gebiete, damit er das fremde Arbeits-stück nicht als ein Mann für alles, als ein Tagelöhner, als Handlanger für untergeordnete Arbeit zu betreten braucht, sondern als ein Fachmann, dessen Kenntnisse seine Mit-arbeiter rechtfertigen. 3. Vorfrage, daß der Auswanderer eine ebene Erziehung im Auslande seiner körperlichen Eigen-art und seiner Geistesrichtung entsprechend findet. Diesen Grundbedingungen entsprechend sind in Italien schon Schnell-kurse für die fachliche Ausbildung der Auswanderer eingerichtet. 750 Schulen und 150 Kurse haben 1921 schon bestanden. Im Jahre 1922 sollen diese Unterrichtsanstalten noch um 500 vermehrt werden. 7000 gelehrte Maurer für Mästel- und Zementarbeit sind schon aus ihnen hervor-gegangen, die als einfache Handlanger den Unterricht be-gonnen hatten. Die Arbeitsbedingungen sollen nach den gesetzlichen Vorschriften zwischen den Unternehmern und den Arbeiterstellern vereinbart, von den zuständigen Ver-waltungsbehörden überwacht und durch die örtlichen Be-hörden gesichert werden.

So macht Italien bedeutende Anstrengungen, um die Wiederaufbauarbeiten zu fördern, gleichzeitig seine Arbeitslosigkeit herabzumindern, indem es in großem Maß-stabe ungelernete Arbeiter zu Facharbeitern umschult. Soweit wir unterrichtet sind, arbeitet der italienische Bauarbeiterverband wie auch die Unternehmerorganisation neben der Regierung in dem Auswanderungskommissariat an der Ueberwachung der Auswanderung mit. Muß es da schon fernerhin bekümmern, daß in dem vorstehend genannten Auf-satz von den Gewerkschaften gar keine Rede ist, wobei bei den Umschulungsmaßnahmen noch bei der Ueberwachung und Sicherung der Lohnbedingungen, so lassen folgende Aus-führungen, die wir dem in Straßburg erscheinenden „Bau-arbeiter“ Nr. 14. Januar 1922, dem Organ der Bauarbeiter von Unter-Elsaß entnehmen, diese Maßnahmen in einem je-der zweifelshaften Punkte erscheinen. Das Blatt meint, der von den französischen und deutschen Gewerkschaften auf-gestellte Plan für den Wiederaufbau (siehe die Berichte im „Grundstein“ Nr. 49 vom Jahrgang 1921 und Nr. 1 des lau-fenden Jahres) habe nicht die Gnade der französischen Re-gierung gefunden, und fährt dann fort: „Wir kennen die Regierung vom Bloch National und im speziellen den Wieder-aufbauminister Loucheur, den Vertreter der Großbourgeoisie, und deshalb begreifen wir auch ihren abgleitenden Stand-punkt. Diesen Franz sollen die Geier Frankreichs beschließen, niemand darf deshalb die Profite der Kapitalisten Frankreichs schmälern. Der Standpunkt der Kapitalisten Frankreichs ist, die andern Nationen haben das Geld zu

bringen, sie allein haben das Recht, daraus Profit zu ziehen, und natürlich, sie verstehen dies Handwerk nicht schlecht. Wenn man sich den übergrößten Teil der Unternehmung be-trachtet, die sich in dem Wiederaufbaubetrieb zusammenschun-den haben, so erhält einen ein hoher Etel an der ganzen Gesellschaft. Wie und was man schafft, ist gleichgültig, die Hauptsache ist, viel Geld zu verdienen, und zwar recht schnell. Wir erfahren füglich, daß der Verwalter des Arbeitsamtes, Herr Friedrich, und Bauunternehmer Herr U. Brion in Prag waren und dort auf Veranlassung der Regierung Verträge über Lieferung von Arbeitskräften für den Wiederaufbau abgeschlossen haben. Das selbe geschieht bestimmt auch in andern Län-dern und wahrscheinlich in erhöhtem Maße in Italien. Diese ganzen Maßnahmen der Regierung sind ohne Mitarbeit der zuständigen Arbeiterorganisationen unter-nommen. Ja, was noch viel schlimmer ist, auch ohne jede Kontrolle, ob sie notwendig sind. Diese armen Arbeiter werden absichtlich ins Land hineingezogen, um eine Ueber-füllung des Arbeitsmarktes herbeizuführen und so um sie nachher als Rohindrierer auszuheben zu können. Zu Tausen-nden sind die Bauarbeiter aller Berufe arbeitslos. Dies trifft nicht allein auf das Elsaß zu, sondern auch auf sonst alle Departements. Sollte man nicht annehmen dürfen von einer Regierung, die wirklich etwas Positives schaffen will, daß sie zuerst untersucht, was im eigenen Lande für Ar-beitskräfte frei sind und die zu verwenden sucht, und zwar aus mancherlei Gründen. Dies alles kennt man in Frank-reich nicht. Mögen die armen Arbeiter sehen, wo sie bleiben, im Lande der Liberté sind die Arbeiter vogelfrei. Keine Ar-beiterschutzbestimmungen, keine Tarifverträge schützen den Ar-beiter vor der Unternehmervöllerei. Mögen sie helfen gehen, wenn sie hungriig sind, wenn nur der Profit der Unternehmer geschützt ist. Wir bedauern die armen Arbeiter, die auf diese traurige Art von ihren Lieben gerissen werden, um so im fremden Lande dem Elend ausgeliefert zu sein.“ Das Blatt streift dann die Bauoffizierung. Hier ist die An-ordnung so groß wie in der Arbeiterzeitung. Im Elsaß steigen seit dem Waffenstillstande alle Werke still, die sich mit der Bauoffizierung befassen, darunter die neuesten und leistungsfähigsten Betriebe, die Frankreich überhaupt besitzt. Rohstoffe aller Art gibt es im Lande in Hülle und Fülle, so daß die Betriebe ohne Unterbrechung arbeiten könnten.

Die vorstehenden Ausführungen zeigen den Bau-arbeitern, daß die Macht haben in Frankreich noch recht weit davon entfernt sind, gemeinsam mit den Arbeitern aller be-teiligten Länder in uneigennützig Weise das durch den Krieg zerstörte wieder aufzubauen und damit die Wunden zu heilen, die der Vätergemeinschaft geschlagen sind. Für die Arbeiter gibt es dagegen nur das eine: Ausbau ihrer Verbände zu einheitlichen und starken Gemeinchaften, damit sie gegebenenfalls selbst die Aufgaben übernehmen können, zu deren Beilegung sich die kapitalistische Weltordnung als ungeeignet erweist.

**Recht und Rechtsempfinden.**

Von Heinrich Frank, Essen.

Die im allgemeinen Leben sehr verschiedene Auffassung von Recht und Unrecht ist die Folge der verschiedenartigen Einzelumstände. Der größte Teil der Menschen klammert sich am Hergebrachten und glaubt, das Richtige zu vertreten, unbewußt dessen, was den andern bevor, anders zu denken. Ihrer geistigen und körperlichen Besonnenheit entsprechend, sind die Menschen häufig ganz entgegengekehrt veranlagt. Oekonomische und Himmlische Verhältnisse sind von großem Einfluß auf Körper und Geist und somit auch auf Erkenntnis und Ueberzeugung. Erfahrungen und Kenntnisse eines Menschen stehen deshalb oft im direkten Gegensatz zu denen eines andern. In ihren Empfindungen heben sie sich, je nach der persönlichen Eigenart, besonders stark voneinander ab. Was der eine für schön hält, findet ein anderer häßlich; was dem einen gut, billig und richtig dünkt, ist für den andern schlecht, teuer und falsch. Dieser fährt und jener geht gern oder sitzt lieber, wenn der andere liegt oder rebet, wogegen sein Freund schweigt. So könnte man fortzählen bis ins Unendliche. Von Gleichheit kann also nie die Rede sein, höchstens läßt sich ein Mittelmaß als Gleichheit auf-stellen. Jeder Tag ist verändert, jede Nacht dunkler oder heller; also stets ungleich. Selbst jede Kunst und jedes Ge-zeugnis von Menschenhand, und sei es in strenger Regel-mäßigkeit gehalten, ist ungleich und veränderlich. Feststehende Tatsachen hat es nie gegeben und wird es auch nicht geben; es gibt nur Tatsachen. Betrachtungen, die zu einer Tatsache geführt haben, werden oft als feststehend verteidigt, können aber leicht durch andere Tatsachen wieder umgeworfen werden. Was nun über das geistige Fassungsvermögen eines Menschen hinausgeht, empfindet dieser als unfassbar, leicht stellt er alle Tatsachen als fest und unumstößlich hin, was sie aber in Wirklichkeit nicht sind; denn was gilt, ist damit noch nicht. „Dazu hast Du gar kein Recht“, hört man je-mand zu einem andern sagen, fest überzeugt, daß dieser Un-recht getan hat. Das kommt daher, daß die Anschauungen dieser beiden verschieden sind, und sie somit ihre Handlungen verschieden beurteilen, je nach dem Nutzen, den der eine oder der andere daraus erwartet.

Mancher ist von der Rechtsmäßigkeit irgendwelcher Vor-schriften so eingenommen, daß er alles andere überseht, und nur diese, da er sie für gut befindet, mit allen Kräften ver-teidigt. Der Fragebogen des jeweiligen Rechts unbewußt, gerät er mit seinen Nebenmenschen von einem Streit in den andern. Lenkt Selbsthüch das Streben der Menschen, so dienen Recht und Unrecht allein dem Nutzen des „Ich“; ohne Rücksicht darauf, ob darunter Mitmenschen leiden oder nicht. Bruder kämpft gegen Bruder.

Die Justiz glaubt, auf festen Säulen aufgebaut zu sein, ist es aber nicht; das zeigen die Kämpfe um das Justizwesen. Man spricht mit Recht von Klassenjustiz. Die Rechtsprechung einer herrschenden Klasse wird von der beherrschten Klasse als Unrecht empfunden werden. Bei dem größten Teil des Volkes, bei der Arbeiterklasse, bei den Angelegten und dem Beamtenstande, die auf je Arbeitsincommen angewiesen sind, in der Klasse des Proletariats, entsteht dadurch ein unauflösliches Unrechtsempfinden. Dies Unrechts-empfinden äußert sich in einem Kampf durch Wort und Schrift. Gesetze entsprechen selten den Bedürfnissen eines

Vollst. vollständig. Sie entstehen in den geschickten Körperleistungen durch Vereinbarung und Abstimmung und bringen Forderungen und Gegenforderungen so auf eine Mittellinie, die für den einzelnen mehr oder weniger gangbar ist.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Feststellungsergebnis vom 30. Januar.

Der Winter zwingt die Bauarbeiter in immer größerer Zahl, unfreiwillig zu feiern. Die Arbeitslosenzahl ist seit dem vorigen Jahltage von 68 214 auf 90 407 gestiegen; ihr Verhältnis zum Mitgliederbestand von 14,24 auf 18,89.

Table with columns: Bezirk, Anzahl der Vereine, Anzahl der Mitglieder, Anzahl der Arbeitslosen, and a detailed breakdown of workers by profession (Maurer, Schlosser, etc.) for various regions like Königsberg, Danzig, etc.

Bezirkstag des Bezirks Hamburg.

Am 29. und 30. Januar tagte in Hamburg der fünfte Bezirkstag. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Abgeordneten das Andenken des verstorbenen Bezirksleiters Carl Gräning durch Erheben von den Sitzen.

Den Geschäftsbericht für die Jahre 1920 und 1921 gab Müller. Er wies dabei besonders darauf hin, daß die Bautätigkeit im Hochbaugewerbe im allgemeinen während der Berichtszeit fast ganz darniederlag.

über, da er fast ständig mit den Lohnbewegungen zu tun hatte. Besonders im Tiefbaugewerbe könnten wir noch viele Mitglieder gewinnen.

Die Internerim im Bezirk gehören in 44 Vereinstgebieten dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe an; in 10 Vereinstgebieten sind sie lokal organisiert und in einigen kleineren Orten haben sie sich mit den Unternehmern anderer Gewerbe verbunden.

Unsere Mitgliederzahl im Bezirk ist vermindert. 1920 hatten wir durchschnittlich 25 809 und 1921 durchschnittlich 24 972 Mitglieder. Unsere Forderungen auf eine weitgehende Sozialisierung des Baugewerbes sind bisher nicht in Erfüllung gegangen.

In der Ausprache suchte Trepkau, Elmhorn, nachzutun, daß der Rückgang der Mitgliederzahl darauf zurückzuführen sei, daß die Arbeiter wegen der Lohnpolitik der Gewerkschaften verstimmt seien.

Dann sprach der stellvertretende Verbandsvorsitzende, Kollege Behrendt, über den Reichstaxifvertrag und unsere Lohnpolitik. Von der geschäftlichen Entwicklung der Tarifverträge ausgehend, erläuterte er die heutige Situation.

In der Ausprache wurde gewünscht, daß die Ferienfrage nun bald endgültig geregelt werde. Gleichzeitig wurde auch gesagt, daß die leistungsfähige Form für die Ferienvergütung nicht genüge.

Hierauf referierte Kollege Köpfer über den kommenden Verbandstag und den Baugewerksbund. Eine Wiedergabe seiner Ausführungen können wir uns hier erlauben, da im 'Grundstein' über beide Angelegenheiten berichtet wurde.

Dann sprach Kollege Schüller, Hamburg, über die Sozialisierung des Baugewerbes. Er leitete dabei mit, daß in Hamburg 25 000 Wohnungsjugendliche seien. Mit der jetzt vorhandenen Zahl von Bauarbeitern wird dieser Notstand in 10 Jahren noch nicht behoben sein.

In der Ausprache beantragte Andriehi, Hamburg, zum Verbandstag nur solche Kollegen abzuordnen, die mindestens 5 Jahre Mitglied des Verbandes sind. Schäfer und Preuß, Hamburg, polemisierten von ihrem politischen Standpunkt aus gegen die sozialen Baubetriebe, denen sie auch den Vorschlag machten, daß in ihnen im Accord gearbeitet werde.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden wurde der Bezirkstag geschlossen.

Verweigerte Sonntagsarbeit.

25 063 M und 4 % Zinsen verlangte die Aktiengesellschaft für Bergbau und Süddeutschen 'Ahnung', Abteilung Förderverein, in Höhe von 22 Mauerern. Die Mauerer waren nicht gewillt, den geforderten Betrag zu zahlen.

Am Sonntag, 16. Oktober 1921, waren 22 Mauerer zur Ausführung einer Instandsetzung an einem Doppelrudosen im Stahlwalzwerk am Ofen 5 der Schnellstraße bestellt.

Die Mauererin führt ihre Forderung auf § 105 Ziffer 3 der Reichsverordnung. Nach § 105 a der Gewerbeordnung können Gewerbetreibende die Arbeiter zum Arbeiten an Sonn- und Feiertagen nicht verpflichten.

stand, die obengenannten Arbeiten an einem Werktag auszuführen. Dazu kam, daß für die Mauerer nach dem Dienstvertrage am Sonntag keine Dienstbereitschaft vereinbart war.

Das Gewerbegericht trat der Rechtsauffassung der Beklagten entgegen, indem es sich um Arbeiten handelte, die auch an Werktagen ausgeführt werden konnten.

Berichte.

Ungetreuer Kassierer.

In Schongau, Bezirksverein Weithelm in Oberbayern, war ein gewisser Berger eine Zeitlang Hilfskassierer und Betriebsratsmitglied. Das Vertrauen, das unsere Kollegen in ihn setzten, mißbrauchte er auf das größte, indem er 1220 M Verbandsgeld in liebedürftiger Weise für sich verbrauchte.

Bezirk Rostok. Am 9. Februar hatten wir bei den Arbeitgeberverbänden für das Hoch- und Tiefbaugewerbe Verhandlungen beantragt, um die Löhne einer Revision zu unterziehen.

Bezirk Koblenz. Wie sich aus dem der Generalversammlung am 5. Februar vorgelegten Jahresbericht ergibt, brachten die erforderlichen Erhöhungen der Löhne und ihre Durchführung der Vereinsleistung reichliche Arbeit.

Die Stundenlöhne erhöhten sich im Laufe des Jahres in Koblenz, Stadt und Land, für Maurer von 7,20 auf 13,80 M, für Hilfsarbeiter von 7 auf 13,20 M; in Andernach und Neuwied für Maurer von 7,11 auf 13,70 M, für Hilfsarbeiter von 6,95 auf 13,10 M; in Mayen für Maurer von 5 auf 9,20 M, für Hilfsarbeiter von 4 auf 7,20 M, in Höhr-Grenzhausen für Maurer von 5,40 auf 9 M, für Hilfsarbeiter von 5,20 auf 7,80 M; in Boppard für Maurer von 6,30 auf 12 M, für Hilfsarbeiter von 6,10 auf 11,50 M, in St. Goar, Oberwesel und Bacharach für Maurer von 6 auf 10,20 M, für Hilfsarbeiter von 5,05 auf 8,75 M, in Rodem für Maurer von 5 auf 7,40 M, für Hilfsarbeiter von 4,20 auf 7 M, in Braubach für Maurer von 2,45 auf 9,90 M, für Hilfsarbeiter von 2 auf 8,60 M, in Ems für Maurer von 4,90 auf 9 M, für Hilfsarbeiter von 4,50 auf 8,50 M.

Die Mauerer sind im Accord gearbeitet. Der Antrag Andriehi wurde angenommen. Einige Anträge des Vereins wurden dem Bezirksauschuß zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Arbeitsvermittlung liegt zu wünschen übrig. Etwa 75 % aller arbeitssuchenden Kollegen wurden durch den staatlichen Arbeitsnachweis vermittelt, während der Rest auf dem alten Wege Arbeit suchte.

Dasig. Nach dem nun auch im Lohngebiet Großer Werber neu vereinbarten Lohnzulagen beträgt dort der Lohn vom 1. März 1922 an 11,25 M für Maurer, 10,55 M für Hilfsarbeiter und 10,35 M für Schneidemeißelarbeiter.

Mauern beifort werden sollen durch diese Maßnahmen. Zugereifte Kollegen mühten wieder abweisen, da zurzeit weder Arbeit noch Unterkunft zu haben ist.

Schwege. (Jahresbericht.) Wie in den beiden Jahren vorher, erforderten die Lohnbewegungen die Hauptarbeit. Aber obgleich die Stundenlöhne von 5,50 auf 11,20 M erhöht werden konnten, verdelanden auch unsere meistentens auf dem Lande wohnenden Kollegen immer mehr. Von diesem Einkommen ist nicht einmal das aller- notwendigste an Kleidung, Fußzeug, Leib- und Bettwäsche sowie des sonstigen täglichen Bedarfs zu beschaffen. Unsere Mitglieder haben also keinen Anlaß, mit den Ertragsmitteln des Jahres zufrieden zu sein. Nur einmal, und zwar am 20. Mai ist es in Schwege zu einer Arbeits- einstellung gekommen, weil die Unternehmer anders nicht zu bewegen waren, die in Frankfurt festgesetzten Löhne zu zahlen. Die Bewegung endete am 4. Juni erfolgreich. Der Bezirksarbeitsvertrag für Hessen-Nassau ist einschließ- lich seiner Lohnfestsetzungen, trotz aller Gegenwehr der Unternehmer, in allen Orten von einiger Bedeutung durch- geführt worden. Vor allem ist er in den Hauptorten des Vereinsgebiets anerkannt. Für die Hauptkasse sind 173 651,80 M eingenommen worden, 105 486,70 M wurden ihr zugeführt. Für ihre Rechnung sind ausgegeben: für Streiks 9508,60 M, Arbeitslosigkeit 87 681,90 M, Krankheit 11 089,45 M, für Invaliden 240 M, in Sterbefällen 666 M. Für die Arbeitslosenunterstützung verließen von den Hauptkassengeldern 10 000 M am Orte. Die Vereinskasse hatte einschließ- lich des vorjährigen Kassenschatzes eine Gesamt- einnahme von 78 652,95 M. Bei einer Gesamt- ausgabe von 63 578,10 M verblieben ihr am Jahres- schlusse 25 274,85 M, gegenüber 10 973 M im Jahre zuvor. Trotz Wohnungsmangel war die Bautätigkeit im ersten Halbjahr fast. Erst Ende Juni bestellte sie sich, in den Monaten September und Oktober trat sogar ein fühlbarer Mangel an Facharbeitern ein. Auch im kommenden Frühjahr werden Facharbeiter knapp werden. Etwa 200 Verjam- mungen, Sitzungen der verschiedenen Art, Verhandlungen vor den Schlichtungsstellen, Gerichten usw. dienten den Geschäften des Vereins, die der Werbearbeit. Trotz aller aufgewandeter Mühe befriedigt das Ergebnis der Arbeit, wie schon erwähnt, keineswegs. Neben der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen andere Mittel, andere Organisationsformen gesucht und gefunden werden, soll der fortschreitenden Verschlechterung unserer Lebens- haltung wirksamer, als es bisher möglich war, begegnet werden. Der Bauarbeiterverband wie auch der DGB, haben es an guten Vorstößen nicht fehlen lassen. Man werde sie an, damit der Kampf zwischen Arbeit und Kapital der arbeitenden Bevölkerung in Zukunft bessere Früchte bringe.

Magdeburg. In der Generalversammlung am 29. Janu- ar, an der 85 Vertreter aus dem Bezirk, Kollege Koch, teilnahmen, erstattete Kollege S e i n e m a n n den Jahresbericht. Die Hauptarbeit des Jahres war auf die mög- lichste Annäherung der Löhne an die Lebenskosten gerichtet. Am 23. März hat das Bezirkskomitee unseres Bezirks seine Tätigkeit aufgenommen. Da Verhandlungen zu keiner Einigung führten, so hat es die Lohnkämpfe am 9. August, am 12. Juni und am 8. Dezember durch Schlichtungs- gänge geleitet. Wo die Arbeitgeber die Anerkennung des ge- richteten, was namentlich auf dem Landgebiete voram, ist in geeigneter Weise nachgeholfen worden, was in einigen Orten dazu führte, daß sich unsere Kollegen ihr Recht durch Arbeits- einstellungen erkämpften. Die Ferien sind mit den Arbeitgebern nach der Hauptkassensatzung geregelt worden, freilich erst kurz vor Jahres- schlusse. Der Kassensbericht ergab für die Haupt- kasse in Einnahme und Ausgabe 245 668,30 M. Die Vereinsk- tasse erzielte bei 174 895,74 M Einnahme und 67 496,10 M Ausgabe einen Bestand von 107 899,64 M. Zur Mitglieds- schaft unseres Vereins gehören 2437 Maurer, 2916 Hilfs- arbeiter, 178 Erdarbeiter, 41 Bau-Vermeister, 32 Zoflerer, 15 Stukateure, 6 Fliesenleger, 119 inbaldige Mitglieder und 74 Lehrlinge. In einem anfeuernden Schlusswort erwähnte Kollege Seinemann zu unermüdlicher Arbeit für den Verband.

Meißen. Der Verlauf der am 31. Januar abgehal- tenen Generalversammlung war ein erneutes Zeichen dafür, daß die hiesige Bauarbeiterchaft wie früher, fest und einig zusammenschließt. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, daß im verflochtenen Jahre ein Kampf dem andern folgte. Kam es auch nicht zu Arbeitseinstellungen, so gab es doch häufige Reibung mit den Unternehmern, um die Verbesserung und um die Durchführung der Löhne. Die Lehrlingsfrage ist im Baugewerbe besonders brennend geworden. In diesen Jahren stellen wir die Verbesserung der Lehrlingsverhält- nisse mit in den Kampf ein. Wir wollen unsere jungen Kollegen zu tüchtigen Facharbeitern heranbilden und ihnen auch den Weg zu höheren Zielen zeigen. Mehr als bisher müssen sich unsere erwachsenen Kollegen der Lehrlinge an- nehmen. In der Sozialisierung des Baugewerbes wird unser Verein einmütig den beschränkten Weg weiter bahnen helfen. Unser Ziel ist der Sozialismus und daß dieses Ziel einst erreicht werden wird, lehren uns Ge- schichte und Wirklichkeit. Der Kassensbericht ergab einschließ- lich eines Zuschusses von 22 000 M für die Hauptkasse eine Gesamt- einnahme von 190 198 M; davon sind für 183 114 M zugeführt worden und für ihre Rechnung als größere Posten ausgegeben für Streiks 3519 M, Arbeitslosen- unterstützung 46 183 M, Krankenunterstützung 11 544 M, in Sterbefällen 258 M. Die Vereinskasse erzielte mit dem vorjährigen Kassenschatze von 6510 M eine Gesamt- einnahme von 82 543 M. Die Ausgaben betragen 62 085 M, so daß ihr am Jahres- schlusse 20 458 M als Vereinsvermögen verblieben. Die Neuwahlen ergaben die Wiederwahl der Vereinskasse. Die Versammlung war von einem vor- züglichen Geiste befeuert. Auch im neuen Jahre werden unsere Mitglieder nach besten Kräften an der Verbands- arbeit teilnehmen und für die weitere Stärkung des Ver- bandes werden.

Wies. (Jahresbericht.) In der Genera- lversammlung am 22. Januar gab der Vereinsvorsitzende den Jahresbericht. Danach wurden für die Hauptkasse ein- genommen 26 532,20 M und für die Zofalkasse 19 411,45 M. Aufgenommen wurden 105 Mitglieder; aus andern Ver- bänden übergetreten sind 48 Mitglieder. Der bisherige

Vereinsvorstand wurde fast einstimmig wiedergewählt. Kollege Wöring wies in seinem Bericht darauf hin, daß es möglich sei werde, in diesem Jahre den Verein auszu- breiten, trotz aller Demagogie unserer Gegner, wenn alle Kollegen treu zum Verbands stehen und für ihn werben.

Regensburg. (Jahresbericht.) Von Januar bis Mitte Mai hatten wir im Regensburger eine noch nie gekannte Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Von da an trat auf dem Baumarkt eine Besserung ein, die sich in den Wohngebieten Kelheim, Marzthütte, Regensburg, Schwan- dorf und Straubing bis Ende August zur guten Bau- konjunktur entwickelte. In den meisten Orten des bayerischen Waldes hielt leider die Arbeitslosigkeit das ganze Jahr an. Die höchste Arbeitslosenziffer hatten wir am 14. März zu verzeichnen, wo sich 924 Kollegen arbeitslos gemeldet hatten. 204 war die niedrigste Zahl der als arbeitslos gemeldeten Kollegen am 12. September. Die stete Preis- steigerung für alles, was zum Lebensunterhalt nötig ist, brachte es mit sich, daß wir im Berichtsjahr zehnmal durch die Lohnämter in Nürnberg und München die Löhne nach § 5 Absatz 4 des Reichsarbeitsvertrages neu ordnen lassen mußten. Daneben waren noch für eine Reihe Notstands- arbeiter die Löhne wiederholt zu regeln. Die Lohn- entwicklung vollzog sich im Berichtsjahr wie folgt:

Table with columns: Ortsname, Lohnklasse, Facharbeiter, Stundenlohn am 1. Jan. 1921, Stundenlohn am 1. Jan. 1922, Erhöhung in %.

Für Straubing, Kelheim und Mallersdorf trat an- fangs Januar 1922 eine weitere Lohnherabsetzung in Kraft. Ohne Reibung vollzog sich diese Lohnherabsetzung nicht. In 11 Fällen mußte die Arbeit eingestellt werden, die alle mit Erfolg für die Kollegen beendet wurden. Ferner mußten die vertraglichen Schlichtungsinstanzen 8 Streit- fälle erledigen, 16 Fälle mußten vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß ausgetragen werden und 28 Klagen hatten die ordentlichen Gerichte zu erledigen. Zur Er- ledigung aller Verbandsangelegenheiten waren 170 Sitzungen und Versammlungen nötig.

Mitgliederbewegung:

Table with columns: Quartar, Bestand am 1. Jan., Zu- gang, Ab- gang, Bestand am 31. Dez., and sub-columns for different professions like Maurer, Hilfs- arbeiter, etc.

Die Kassengeschäfte ergaben für die Hauptkasse eine Einnahme und Ausgabe von 505 503,70 M. Die Zofalkasse hatte 293 993,07 M Einnahmen und 153 503,70 M Aus- gaben, so daß am Jahres- schlusse der Verein einen Kassens- bestand von 80 292,59 M besaß.

Meißen. In einem draligen Fall können wir zeigen, wie ein Gewerkschaftsangelegter die Bestimmungen sozialer Gesetzgebung auslegen soll. In Meppen ist die Bautätigkeit sehr gering, infolgedessen mühen unsere dortigen Kollegen auswärts Arbeit suchen. Etwa 50 Kollegen kennen im vergangenen Jahre an dem Bahnbau Meppen- Gesepe arbeiten, der aber nun größtenteils beendet ist. Nun wird in der Nähe von Meppen, bei Sünitell, ein großer Schleusenbau auszuführen; das war also die nächste Zu- flucht. Die Arbeiter für diesen Bau sollen nur durch den Arbeitsnachweis in Meppen vermittelt werden. Im also Arbeit zu bekommen, mußte sich jeder Arbeitssuchende eine Karte ausstellen lassen. Aber in Sünitell erklärte ihnen der Bauleiter, daß keine Arbeiter eingestellt würden. Das war unrichtig; denn es wurden mehrfach Leute eingestellt, die nicht im Besitz einer Karte waren. Das waren aber meistens Söhne von Bauernbesitzern, die zurzeit in der Landwirtschaft ihre Beschäftigung haben. Wir hoben den Arbeitsnachweiskarte auf das unzulässige Ge- wahren des Interneschens aufmerksam gemacht. Darauf erhielten wir zur Antwort: „Ja, mein lieber Herr, was soll ich tun, wenn selbst ein Angestellter eines Bauarbeiter- verbandes mit entgegenarbeitet, anstatt mitzuhelfen, damit diese Arbeitseinstellung beendet werden?“ Dieser Angestellte eines Bauarbeiterverbandes hat erklärt, wenn darauf be- standen würde, daß an dem Schleusenbau nur Arbeiter eingestellt würden, die vom Meppener Arbeitsnachweis hingekleidet werden, dann würde er dafür sorgen, daß kein Meppener Bauarbeiter zukünftig in Sünitell Arbeit be- komme. Einer derartigen organisationswidrigen Sän- dungsweise wird also Herr Julius Langtzel, Beamter des Christlichen Bauarbeiterverbandes in Sünitell, befehdigt. Da dieser Herr ehrenamtlich tätig ist in der Sünitell Stadtverwaltung, im Steueramt usw., so sollte man annehmen, daß ihm das — Werturteil seines Verhaltens zum Bewußtsein käme. Man kann doch nicht annehmen, daß er nur deswegen so handelt, um für einige Monate ein paar Mitglieder für seinen Verband zu gewinnen. Oder doch? Ist es so schlecht mit diesem bestellt, daß er zu solchen Mitteln greifen muß? Wir übrigen sind wir der Meinung, daß seine Drohung leere Worte bleiben werden; denn, wenn in Sünitell Bauarbeiter gebraucht werden, so werden dort Meppener Kollegen arbeiten, ohne die Erlaubnis von Herrn Langtzel einzufolgen.

In der „Baugewerkschaft“, Nummer 5, befindet sich eine Mitteilung und eine Erklärung. Letztere unterzeichnet von H. Niehues und S. Janfin. Beide Male wird mein Name erwähnt. Ich kann dazu erklären, daß ich den Namen des Vor- sitzenden der Christlichen Bauarbeiter in Meißen in unserer Versammlung in Sünitell nicht erwähnt habe. Wohl ist dort ein anderer Name genannt worden. Es haben also bedauerlicherweise die Kollegen Niehues und Janfin die Namen verwechselt.

Schneidemühl. Die am 22. Januar abgehaltene Generalversammlung war aus 21 Zuhörern von 19 Ver- tretern besucht. Auch der Bezirksleiter Kollege Schauer nahm an der Versammlung teil. Nach dem vom Kollegen Hoffmann gegebenen Jahresbericht betragen die Ein- nahmen für die Hauptkasse 155 310,82 M, davon sind ihr 88 228,94 M zugeführt worden. Ausgaben sind für Strei- tenunterstützung 26 840,20 M, für Arbeitslosenunterstützung 19 504 M, Krankenunterstützung 7929,30 M, in Sterbe- fällen 128 M, für Mitgliedschaft 93,63 M. Die Vereinskasse hatte eine Einnahme von 54 719,40 M, eine Ausgabe von 56 682,40 M, mit ihm verblieb ihr ein Kassenschatz von 4097 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Berichtsjahres 1045. Sie hat seit dem vorjährigen Ab- schlusse um 268 zugenommen. Dem Kassierer wurde Ent- lastung erteilt. Die Lohnbewegungen haben noch nicht zu einem Bezirksarbeitsvertrag für die Grenzmark geführt. Die örtlichen Verträge sind im Laufe des Jahres vier- telfinal geändert worden. Dabei konnten die Löhne um 70 bis 100 vom Hundert erhöht werden. In einigen Orten wie Jaitrow, Schönlank, Kreuz, Schneidemühl, Schloßau, Ristenstein und Schöpfung mußten Streiks für den nötigen Druck sorgen. Die Spannung zwischen den Löhnen der Maurer und Bauhilfsarbeiter beträgt in Schneidemühl 20 %, in den andern Orten 50 % bis 100 %. Am 2. Januar 1922 erhöhte sich der Stundenlohn für Schneidemühl um 1,40 M. Die gleiche Zulage hat der Schlichtungsausschuß den Bauarbeitern in der Kreistadt Plauen und Dörfel-Strone ausgeprochen. Die Arbeitgeber haben den Spruch ab- gelehnt. Allem Anschein nach wird das Frühjahr harte Kämpfe bringen. Darum gilt es zu rufen! Jeder unserm Verbands noch nicht angehörende Bauarbeiter muß als Mitglied genommen werden. Kollege Schauer besprach in eingehenden Ausführungen die zukünftige Gestaltung des Reichsarbeitsvertrages sowie die Aufgaben des Verbands- tages. Die Werbearbeit darf unter keinen Umständen ver- säumt werden.

Siegen. (Jahresbericht.) Im vergangenen Jahre hatten wir im Hochbaugewerbe ziemlich gute Bautätigkeit. Im Tiefbaugewerbe war die Arbeitslosigkeit bis zum Sommer schlecht, sie wurde erst im Nachhomer etwas besser. Infolge der fortschreitenden Geldentwertung und der damit verbundenen Preissteigerung trat eine weitere Verschlechterung in der Lebenslage der Bauarbeiter ein. Um die Löhne einigermaßen den Leuerungsverhältnissen anzupassen, mußten wir eine Anzahl Lohnbewegungen führen. Nachfolgende Aufstellung kennzeichnet die Zahl der Lohnbewegungen in den einzelnen Lohngebieten und den Stand der Löhne.

Table with columns: Name des Lohngebietes, Zahl der Lohn- bewegungen, Stand des Lohnes am 1. Jan. 1921, Stand des Lohnes am 31. Dezember 1921, Erhöhung des Stunden- lohnes in %, and sub-columns for different professions like Maurer, Hilfs- arbeiter, etc.

Nicht alle Lohnbewegungen konnten durch Verhand- lungen zur Erledigung gebracht werden. Im den Wider- stand der Unternehmer gegen Lohnaufbesserung zu brechen, traten unsere Kollegen im Lohngebiet Siegen Ende Juli in den Streik, der nach fünfzägiger Dauer mit Erfolg beendet wurde. Im nachgehenden Weppert streikten unsere Kollegen zur selben Zeit 8 Tage lang und hatten auch dort einen guten Erfolg. Im Februar stellten unsere Kollegen an dem Bahnerweiterungsbau Altenhunden die Arbeit ein, und schon nach einem Tage Arbeitsruhe war der Erfolg auf ihrer Seite. Der Versammlungsbefehl im vergangenen Jahr war im allgemeinen mäßig, nur wenn Lohnbewegungen im Gange waren, fanden sich die Kollegen recht zahlreich zusammen. Die Agitation war sehr reger, galt es doch, unsern Bezirksverein auszubauen und die Mitgliederzahl zu vergrößern in einem Bezirk, wo die Christlichen früher fast allein herrschten waren. Zu diesem Zweck wurde im März unser Kollege Seinemann aus der Arbeit gezogen und im Oktober angefeuert. Der Erfolg war, daß sich die Christlichen jetzt mit einer Minder- heit im hiesigen Bezirk abfinden müssen. Wir begannen das Jahr mit 970 und hatten Ende des Jahres 1504 Mit- glieder. Im Laufe des Jahres sind neu eingetreten 1558, zugereist 642, von andern Verbänden übergetreten 459, abgetreten sind mit Abmeldung 447, ohne Abmeldung 948, ausgetreten sind 146, zu andern Verbänden übergetreten 828, wegen rückfälliger Beiträge gestrichen 247, gestorben sind 9 Kollegen. Wir hatten für die Hauptkasse eine Ein- nahme von 218 204,20 M, Ausgaben aus derselben für Streiks 49 474,10 M, für Arbeitslose 5518 M, für Kranke 10 952,50 M, in Sterbefällen 688 M. Die Zofalkasse hatte eine Einnahme von 93 286,99 M und eine Ausgabe von 70 828,11 M, verblieb ein Kassenschatz von 22 458,88 M; Ende des Jahres 1920 betrug der Kassenschatz 4726,19 M.

Am 1. November betrug die Zahl der Wohnungs- suchenden im Kreise Siegen 2069. Neue Wohnungen wurden fertiggestellt vom 1. Oktober 1920 bis zum 1. No- vember 1921 mit Baufestensziffern 41, mit Unterführung durch Reichsbaracken 43, mit Unterführung durch Landes- baracken 98, ohne Staatsbedürfnisse 104, mit Unterführung durch Kreisbaracken 2, und 5 Notbehelfswohnungen. Zu- sammen 288 Dauerwohnungen und 5 Behelfswohnungen. Am 1. November 1921 waren im Bau begriffen, unterführt

durch Landesdarlehen 117, ohne Staatshilfe 288, unterstüht mit Kreisdarlehen 8, zusammen 408 Wohnungen. Im Kreis Wittenstein sind vom 1. Oktober 1920 bis 1. November 1921 60 Wohnungen fertiggestellt, und 21 Wohnungen waren am 1. November 1921 noch im Bau begriffen. Trotz der vorwärtschreitenden Holzindustrie hat der Kreis Wittenstein für das Jahr 1922 bis jetzt nur 500 000 M zur Förderung des Kleinwohnungsbaues zur Verfügung gestellt; mit diesem geringen Betrag kann allerdings die Wohnungsnot nicht beboben werden. In unserm Bezirksverein gibt es immer noch eine Anzahl Bauarbeiter, die der Organisation fernstehen. Es ist daher Pflicht aller Kollegen, in der Agitation mitzuwirken und sich in den Dienst der guten Sache zu stellen, damit alle Bauarbeiter, auch aus den entlegenen Winkeln, der Organisation zugeführt werden, um gegebenenfalls der Unternehmerwillkür ein festes Bollwerk entgegenzusetzen zu können; denn nur in der Einigkeit liegt die Stärke.

**Illm. (Nachbericht.)** Das abgelaufene Jahr war für die Vereinseintung sehr arbeitsreich. Die Bauarbeit war gut; für Facharbeiter freilich besser als für Hilfs- und Erstarbeiter. In diesen beiden Berufen gab es im ganzen Jahre Kreislosigkeit. Soweit es sich ermitteln ließ, sind in Illm 123 Wohnungen errichtet worden, im übrigen Vereinsgebiet Blaubeuren, Ehingen, Saulgau, Kaufheim, Wiberach und Günsburg 279. Die Wohnungsnot hat sich immer verschärft. In Illm liegt die Zahl der vorhandenen Wohnungsuchenden am Jahreschlusse gegenüber dem Vorjahre von 1800 auf 2700, im übrigen Vereinsgebiet auf 357. Außer Wohnbauten gab es auch einige Industriebauten. Die Hofbauarbeiten sind im Laufe des Jahres eingestellert oder beendet worden, bis auf die Blaufortsetzung der Stadt Illm, bei der 55 Arbeiter tätig sind. Die Arbeitsvermittlung geschieht größtenteils durch die Arbeitsämter. Facharbeitsnachweise für das Baugewerbe bestehen nicht; nur forderte das Arbeitsamt in Illm verlangte Bauarbeiter zum größten Teile durch unsern Verband an. Weistens werden die Bauarbeiter sich ihrer Arbeitsstellen noch durch Umgehungen. Der Bauarbeiterstand wird in Illm allgemein besser beachtet als früher; immerhin haben 2 Bauarbeiterkontrollen noch manche Mißstände gutage gefordert. Schlimmer aber ist es im bayerischen Bereich bestellt, namentlich bei der Firma Möst in Jellertingen. Die dort beschäftigten Bauarbeiter waren bisher für den Verband zu gewinnen, und dementsprechend sind auch ihre Arbeitsverhältnisse besser. Mauerer erlitten in diesem Betriebe noch 4,30 M Stundenlohn. Die Gerichte sind überaus schlecht. Die Bezahlung der Schuldverschreibungen war trotz Meldung bei der Gewerbeaufsicht und bei der Berufsgenossenschaft nicht zu erreichen. Am Morgen des 12. September kürzte ein Arbeiter vom Gerichte und trug keine Beine. Obwohl er schon ein halbes Jahr bei der Firma Möst in Arbeit stand, hatte diese ihn noch nicht bei der Krankenkasse angemeldet. Herr Möst aber kam dadurch nicht in Verlegenheit. Man legte den Berufungskosten so lange in den Keller, bis die Anmeldung vollzogen war, und erst dann, es war inzwischen 2 Uhr nachmittags geworden, überführte man ihn in das Krankenhaus. Alle Schritte, die unsere Vereinsleitung zur Säuberung dieses ungeheuerlichen Vorfalles bei der Berufsgenossenschaft, beim Landes- wie beim Reichsarbeitsverwaltungsamt unternommen hat, blieben erfolglos; der Vorstand der Krankenkasse wußte den Mißständen Geldbeutel zu schütten. Mögen die Bauarbeiter in Zukunft lernen, daß sie nur in unserm Verbande Schutz gegen derartige Mißstände finden können. Der Rückgang der Hofbauarbeiten und die dadurch hervorgerufene Abwanderung der dabei tätigen gewesenen Arbeiter zu andern Berufen kommt auch in der Mitgliederbewegung zum Ausdruck. Die Mitgliederzahl stieg im Laufe des Jahres von 1957 auf 2097, also um 140. Eine Fachgruppe der Bau-Werkmeister umfaßt 20 Mitglieder. Obwohl unserm Verein 104 Lehrlinge und jugendliche Arbeiter angehören, ist es ihm im Verichtsgebiete noch nicht gelungen, sie zu einer Zugsabteilung zusammenzufassen. Die Schwierigkeiten liegen darin, daß die jungen Kollegen in dem weiten Vereinsgebiete sehr zerstreut wohnen, und die Eltern, selbst Organisierte, sich irrtümlich, ihre Söhne dem Verbandszuge zuzuführen. Die Lehrlingslöhne konnten erhöht werden für das erste Lehrjahr auf 2,60 bis 3,40 M, für das zweite Lehrjahr auf 3,60 bis 3,80 M und für das dritte Lehrjahr auf 4 bis 5,80 M pro Stunde. Unserm Verein gehören auch die Arbeiter von 4 Ziegeleien an, was schon manche Auseinandersetzung mit dem Fabrikarbeiterverband kostete. Nach ihrem freien Entschlusse ziehen die Kollegen es aber vor, Mitglieder unseres Verbandes zu sein. Die Arbeiter in 5 Steinen- und Spolierwerken gehören ebenfalls unserm Verbands an. Die Werbearbeit hat nicht geruht. Die Tätigkeit für die Bauarbeitergenossenschaft erforderte sogar, daß noch ein Kollege angestellt wurde. In Illm sind die wenigen Mitglieder der christlichen Organisation samt ihrem Vorstand zur Zeit der Auslieferung größtenteils zu unserm Verbands übergetreten. Sie haben hier nur noch 12 Mitglieder. Ebenso haben sich einige ihrer Zahlstellen aus der Umgebung unserm Verband angegeschlossen. Die Einrichtung einer jüdischen Wpflitterung ist an der Wadungsmittel unsern Kollegen schon im Verzuge gescheitert. Im Jallert sind die Unternehmer nicht organisiert, sonst gehören sie in unserm Vereinsgebiete ihren Organisationen an. Die Lohnbewegungen erforderten viele Mühe, namentlich die Durchführung der Lohnerböhrungen. Sehr oft mußten die Schlichtungsstellen, ja sogar die Gerichte gegen widerstrebende Unternehmer in Anspruch genommen werden. Zu friedlichem Uebereinkommen sind die hiesigen Unternehmer nur selten zu bewegen, meistens müssen Arbeitseinstellungen erst für den nötigen Druck sorgen. Unsere Mitglieder sind allgemein für die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse, wünschen aber, daß das Bauberechtigtenwesen, der Urlaub und anderes besser als bisher geregelt werden. Im Anschlusse an die allgemeinen Tarifverhandlungen konnten auch die Löhne der Terrazzarbeiter, der Wasserbauarbeiter und anderer Berufsgruppen verbessert werden. Unsere Ulmer Bauarbeitergenossenschaft hat erfolgreich zu der baugewerblichen Sozialversicherung beigetragen. Ihre Leistungen sind selbst von Gegnern anerkannt worden. Sie ist mit Aufträgen reichlich versehen und hat durch ihre Teilnahme an den Wettbewerben die Baupreise schon bedeutend vermindern können. Außer dem eigentlichen Baubetrieb hat sie sich einen Malereibetrieb, eine Zimmererei sowie eine Schreinererei

angegliedert. Wegen Erwerbs eines Zementwerkes wird verhandelt. Bis zum Jahreschlusse hat die Genossenschaft Aufträge im Werte von 2 Millionen Mark ausgeführt. Der Kassenbericht ergab für die Hauptkassen in Einnahme und Ausgabe 292 918 M, 165 695 M sind ihr zugeführt worden, und für ihre Rechnung ausgegeben für Kreis 23 009 M, für Arbeitslosenunterstützung 18 624 M, für Krankenunterstützung 20 129 M, für Rechtschutz 1651 M, für Sterbefälle 1880 M. Die Vereinskasse hatte einschließend des 18 204 M betragenden vorjährigen Kassenbestandes eine Gesamteinnahme von 122 896 M. Bei 100 687 M Ausgaben verblieben am Jahreschlusse somit 22 199 M. Nur einer streifen Organisation haben wir die Erfolge unserer Arbeit zu danken. Sorgen wir durch Einigkeit und Geschlossenheit für weitere Fortschritte.

**Winklerode.** Die Firma W. Suthoff in Worbis konnte es nicht über sich gewinnen, den Tarifvertrag ungenutzt zu lassen. Das war für die dort beschäftigten Kollegen Veranlassung, in einer Versammlung zu beschließen, bei der Firma ernsthaft vorzugehen zu werden. Zu der Versammlung waren alle am Bau beschäftigten Arbeiter eingeladen und erschienen, und alle sagten zu, daß sie sich den gefassten Beschlüssen fügen würden. Am Tage nach der Versammlung wurden unsere Forderungen von der Firma abgelehnt und uns allen die Papiere zugestellt. Zu dem Streikführer gehörte auch ein Ernst Benning. Dieser ist nun wieder aufgenommen, indem er die Arbeit heimlich wieder aufnahm. Und ausgerechnet gerade dieser Benning, der wiederholt vorher dem Verbandsleiter zusetzte: Was ist es eigentlich? Was wird? Wir müssen doch einen Druck ausüben auf die Firma! Gerade Benning, der zum Kollier wiederholt angetrieben wurde, weil er nicht mitkam bei der Arbeit, und dementsprechend sich der Bauberechtigten wiederholt ins Mittel legen mußte, damit die andern Mauerer halfen. Und ein solcher Mensch kommt dann auch noch in die Versammlungen, zu einer Zeit, da dererrat bereits in ihm gereift ist. Die Not hat ihn nicht dazu getrieben, da er in guten Verhältnissen lebt. Wir empfehlen ihn den Gemeindeführern von Worbis und umlegend zur gebührenden Beachtung.

**Soziallohn oder Einheitslohn.**

Manches Vorurteil hat die Frage, ob Sozial- oder Einheitslohn, schon hervorgerufen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowohl wie innerhalb der Arbeitererschaft. Die Arbeitgeber versuchen mit allen Mitteln, den sogenannten Soziallohn überall und in allen Berufen einzuführen und haben dies ja auch zum Teil namentlich in der Industrie schon erreicht. Inzwischen hat die Arbeitererschaft aber die Meinung, welche Lohnform richtig ist, gelehrt. Aber den Gegnern des Soziallohnes befindet sich nicht nur solche Arbeiter, die von dieser Lohnform keinen Vorteil hätten, sondern auch solche, zu deren Gunsten dieser Lohn gesetzt würde. Gewiß haben die Befürworter des Soziallohnes recht, wenn sie dem verheirateten, kinderreichen Familienbater ein höheres Einkommen zuerkennen als dem ledigen, aber eben umgekehrt recht haben die Gegner, wenn sie behaupten, die Arbeit des ledigen Arbeiters ist genau so gut und ebenso wertvoll, wie die des verheirateten, und es fordert genau so viele Mühe wie die des verheirateten, und ist deshalb auch ebenso entlohnbar. Uns als Bauarbeiter muß aber schon die unsern Beruf eigene kurze Beschäftigungsdauer ohne weiteres zu Gegnern der sozialen Lohnform machen. Die Unternehmer versuchen freilich, uns den Soziallohn schmachtlich zu machen. Sie behaupten, auch die Bauarbeiter müßten dieser Lohnform zustimmen, wenn auch gegen ihren eigenen Willen. Bekämen aber die baugewerblichen Arbeiter ihren Willen, so würde der gesamten Bauarbeitererschaft daraus ein großer Schaden entstehen. Denn der Soziallohn würde gerade den Berufskollegen, denen er mühen soll, geradezu verhängnisvoll werden, sobald niedergehender Beschäftigung oder sonstige Ursachen es dem Unternehmer erlauben, bei der Auswahl seiner Arbeiter wahlrechtlich zu werden. Dann würde der Arbeitgeber ganz bestimmt den für ihn billigeren ledigen Arbeiter bevorzugen. Die Arbeitslosigkeit träte dann am schwersten gerade die verheirateten Bauarbeiter.

Der Soziallohn ist in seiner heutigen Form eine Ungerechtigkeits; denn er wird auf Kosten der unterverheirateten Arbeiter gesetzt. Für uns als Bauarbeiter kann er deshalb ganz und gar nicht in Frage kommen. Aber nur die Form ist ungerichtet, nicht die Sache selbst, die dem verheirateten, mit größerer Kinderzahl begabten Arbeiter mehr Mittel zum Lebensunterhalt zugeföhren will als dem ledigen Arbeiter. Daraus aber folgt für uns, daß wir versuchen müssen, Mittel und Wege zu finden, die es ermöglichen, dem mit seinen Familienangehörigen darbedenden Arbeiter sein Los zu verbessern, ohne gleichzeitig den ledigen Arbeiter zu schädigen. Die letzte Beiratskonferenz unseres Verbandes hat sich ja auch schon mit der Soziallohnfrage beschäftigt, sie aber einer späteren gründlichen Beratung vorbehalten. Dessenungeachtet möchte ich jetzt aber schon in dieser Frage einen Vorschlag machen, der den Kollegen im „Grundstein“ zur Aussprache unterbreitet werden kann. Vielleicht kommt dann noch mancher neue Gesichtspunkt zutage, der bei den Besprechungen mit berücksichtigt werden kann. Mein Vorschlag geht nun dahin: Die Zahlung des sogenannten Soziallohnes, das heißt des Hausstands- und Kindergebältes, wird den Unternehmern abgenommen und einer dafür zu schaffenden Einrichtung, einer Soziallohnkasse oder wie man es nennen will, übertragen. Diese Kasse wird gegründet unter staatlicher Kontrolle und Aufsicht und Mitwirkung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern für jeden größeren Gemeindebezirk oder eine Stadt. Die Kopfgeld der gesamten Arbeiter in den einzelnen Bezirken wird festgesetzt, ebenso die Zahl der Hausstände und der Kinder, die für die Leistungen der Kasse in Frage kommen. Der Durchschnitt der auf den einzelnen Arbeiter entfallenden Hausstands- und Kinderzahl wird ermittelt, die notwendige Höhe des Hausstands- und Kindergebältes festgesetzt, diese Zahl mit der ermittelten Durchschnittszahl verbielfältigt und — man hat den Betrag, den jeder Arbeitgeber von jeder in seinem Betriebe beschäftigten Arbeitererschaft an diese Kasse abzuführen muß.

Zum Beispiel: In einer mittleren Stadt sind 20 000 Arbeiter beschäftigt, von diesen die Hälfte, 10 000, verheiratet, die zusammen 30 000 Kinder unter 15 Jahren haben, so ergibt sich als Durchschnittszahl auf den einzelnen Arbeiter

die Zahl 2. Das zu zahlende Hausstands- und Kindergebälte soll 5 M betragen, so ergibt sich ein Betrag von 10 M, der für jeden Arbeitstag durch den Unternehmer gezahlt werden müßte. Man wird gegen diesen Vorschlag einwenden, eine solche Einrichtung verursache zu große Kosten, ein großer Beamtenapparat werde notwendig sein. Es sind aber vor, während und nach dem Kriege für weniger wichtige, nicht immer dem Allgemeinwohl dienende Einrichtungen größere Aufwendungen gemacht, wenn nicht verschwendet worden, als dieser Vorschlag erfordert würde. Bei einer Einrichtung, die der gesamten Arbeiterbevolkerung zum Segen gereichen soll, darf es auf die Kosten für einige Beamte gewiß nicht ankommen.

Gegen ein in dieser Form an die verheirateten Arbeiter gezahltes Hausstands- und Kindergebälte wird auch der ledige Arbeiter nichts einzuwenden haben, da es nicht allein auf seine Kosten gezahlt wird. Es wird uns bei etwaigen Lohnkämpfen nicht hindern. In Zeiten schlechten Geschäftsganges wird der ledige Arbeiter nicht dem kinderreichen verheirateten Arbeiter gegenüber bevorzugt werden, während der Grundbesitzer des Soziallohnes, den Familienbater in seinem Einkommen besser zu stellen als den unterverheirateten Arbeiter, voll zur Geltung kommt. Ob aber das Internernehmen einem solchen Plane zustimmen würde, darf bei seiner sozialen Veranlagung wohl noch als zweifelhaft angesehen werden.

Heinrich Vogelsang, Oberhausen i. Rhld.

**Der Sozialversicherungs fonds.**

Der Verbandsvorstand hat unsern Kollegen in Nummer 2 des „Grundstein“ empfohlen, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß vom 1. Juli dieses Jahres an ein Beitrag von 50 ¢ wöchentlich für die Sozialversicherung des Baugewerbes gezahlt werde. Die angeführten Gründe erkenne ich in ihrem ganzen Umfange an und sage dazu folgendes: Wir haben hier in Württemberg gegen ein total verheiratetes Kleinrentnerium zu kämpfen. Dies betrifft die Rathhäuser, die Parlamente und die Regierung. Wie diese Körperchaften arbeiten entweder direkt oder indirekt gegen uns. Wir Bauarbeiter sind also ganz auf uns selbst angewiesen. Selbst die nicht zum Baugewerbe zählenden Gewerkschaften stehen unserer Sache zum Teil mißtrauisch, zum Teil gleichgültig gegenüber. Die vom Verband bereits eingeschossenen 5 Millionen Mark sind ein Tropfen auf einen heißen Stein, im Verhältnis zur Riesenaufgabe.

Nun sollen die Bauhütten-Betriebsverbände und der Verband sozialer Baubetriebe überall dort, wo die Möglichkeit besteht, neue Betriebe errichten. Wir erachten es aber wichtiger, die schon bestehenden Betriebe leistungsfähiger zu machen. Geldwertverwertung, Preissteigerungen, Lohnerböhrungen zwingen uns dazu, entweder unsere Betriebe bis zur Bedeutungslosigkeit zu verkleinern oder mehr Kapital einzuföhren. Ersteres würde bedeuten, daß wir unser Ziel aufgeben; also können wir nur das Zweite tun. Auch muß dafür gesorgt werden, daß unsere Betriebe etwaigen Arbeit bei Privatbanken möglichst wenig in Anspruch zu nehmen brauchen, andernfalls könnte ihnen eines Tages der Hals zugeschnitten werden. Die Bauführerentfremdung geben heute wohl dem Privatunternehmer langfristige Kredit, nicht aber den sozialen Baubetrieben. Da nun unsere Betriebe in den meisten Fällen bezugsfähige Wohnungen bauen und da St. Aurelianismus bei der Ausgahlung der Zuschüsse buzerordentlich langsam ist, so kommt es nicht selten vor, daß die Häuser längst bewohnt sind, bevor der Zustand bezahlt ist. Und da der Auftragsgeber oft anderswo sein Geld auftreiben kann, so müssen unsere Betriebe auf ihr Geld warten. So kommt es dann, daß ein ganz solide aufgebauter Betrieb sich dauernd in Geldnot befindet.

Um diese Geldnot zu beheben und besonders um bei der Beschaffung von Baustoffen unabhängig zu sein, um zugleich einen moralischen Druck auf die öffentlichen Körperchaften auszuüben, ist es nötig, daß wir den Vorschlag des Verbandes stützen. Aber wer bürgt uns dafür, daß bis zum 1. Juli die Geldentwertung nicht so stark ist, daß der 50-¢-Beitrag dadurch in seiner Wirkung zum Teil aufgehoben ist? Ich schlage daher vor: „Der Verbandstag wolle beschließen, daß 10 % der Einnahmen des Verbandes aus Beiträgen für die Sozialversicherung des Baugewerbes verwendet werden!“ 80 % der Einnahmen, die der Verband sozialer Baubetriebe auf diese Art bekommt, müßten den Bauhütten-Betriebsverbänden zur Verfügung gestellt werden.

Ferner möchte ich beim Verbandsvorstand noch anregen, die Frage zu erwägen, ob die Gründung einer Gemeindeführerschaft, in Verbindung mit den Genossenschaften, nicht möglich sei, um so das Geld der Arbeitererschaft den Privatbanken fernzuhalten; denn diese sind doch, wie nachgewiesen ist, unsere Gegner. Kollegen, wir wollen mutigen als Werk gehen! Wir wollen und müssen unser Ziel erreichen! Das sind wir uns und unsern Nachkommen schuldig!

Chr. Binder, Feuerbach.

**Aus einer „christlichen“ Bauarbeitergenossenschaft.**

Befanntlich hat auch der Zentralverband christlicher Bauarbeiter besondere soziale Baubetriebe gegründet. Wir wollen ihnen dies Recht nicht streitig machen, wenn sie darüber wachen, daß diese Betriebe ihrer Eigenart, soziale Betriebe zu sein, eine Schande machen. Wir wissen, daß auch von unsern sozialen Baubetrieben der eine oder andere aus der Art geschlagen ist, daß die Selbstsucht ihrer Leiter oder Mitglieder die Oberhand gewann und sie verleitete, diese Einrichtung zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen. Derartige Auswüchse werden in unserm Verbands jedoch scharf bekämpft. Rücksichtslos werden solche Schädlinge aus unserm Reiben ausgezerrt. Ob die christlichen Verbände, insbesondere der christliche Bauarbeiterverband, gewonnen sind, ebenso über die Heinerhaltung des genossenschaftlichen Gemeinheitsgedankens zu wachen, das zu beweisen, haben sie jetzt Gelegenheit.

Aus Ulmstein ersuchten wir nämlich einen Bericht über Vorkommnisse in der dortigen Bauarbeitergenossenschaft „Christliche Baugewerkschaft“, die wirklich ein Aussehen mit

eigenen Wesen erforderlich machen. Die Mitglieder dieser Genossenschaft gehören dem christlichen Bauarbeiterverbande an und sind Teilhaber an unserem Tarifvertrag. Gleichwohl erlaubt sich die Leitung der Genossenschaft eine Lohnrückerei, wie sie selbst der ärgerste Privatunternehmer kaum riskieren dürfte. Da die benachteiligten Arbeiter auf gültigen Wege nicht zu ihrem Rechte kommen konnten, so mußten die Genossenschaftsleiter vor dem Schlichtungsausschuß erscheinen, und da letzten diese Herren nun folgendermaßen los: Zimmermann Herrndorf: „Für uns gibt es keinen Tarif, denn wir haben ihn ja nicht unterschrieben, wir zahlen dem Arbeiter einen Lohn, wie wir wollen, und wenn's ihm nicht paßt, kann er ja aufhören.“ Bolter Jegodowski: „Ich hole mir extra einen Beugen bei der Einstellung der Arbeiter und sage ihnen, wenn ihr für 5 M Stundenlohn arbeiten wollt, kommt ihr anfangen, Tariflohn zahlen wir nicht.“ Geschäftsführer Maurerpolier Kalinowski: „Wir können uns nach dem Tarifvertrag nicht richten. Wenn man das von uns verlangt, treten wir aus der Organisation aus und machen uns selbständig. Im übrigen werden wir bei der Einstellung aufpassen, daß keine Kote mehr eingestellt werden, denn die sind ja immer so radikal. Wir können Leute vom Lande genug, die auch für billigeres Geld arbeiten.“

681 M ist der tarifvertragslose Stundenlohn, den unsere Kollegen bei den Unternehmern auch erhalten; 5 M die Stunde zahlen diese „Christlichen“ ihren Mitarbeitern. Im Gegensatz zum christlichen Arbeiterverband, der für unsere Kollegen eintritt, bedrängte sich der Herr Sekretär auf Sophisterei und übte Verleumdung an seiner Anführung. Der Arbeiterverband entgegnete: „Aber, hören Sie mal, wie reden Sie eigentlich? So schnell haben Sie sich geändert? Wo Sie früher so gegen uns waren?“ Darauf Kalinowski: „Ja, haben Sie, Herr S., wenn der Arbeiter ein Geschäft hat, kann er eben um...“ Außer unserm „Geld, holt“ entstand darauf peinliche Stille. (Hoffentlich ist diese Firma bereits untergegangen, den Tariflohn zu zahlen, und bietet für die Zukunft die Gewähr, daß sie die Arbeiter nicht mehr um ihren tariflichen Lohn zu prellen versucht. Andernfalls würde sie für jeden rechtshafenen Bauarbeiter geachtet werden. Die Geschäftsführung.) Will sich der christliche Bauarbeiterverband nicht in den Verdacht drängen, daß er so etwas billigt, so wird er diese Verleumdung ins Gebet nehmen müssen. Die Arbeiterkraft aber hat aufzupassen, daß ihr durch solche Genossenschaftsbetriebe nicht eine größere Gefahr für ihre Lohn- und Klassenkämpfe entsteht, als sie sie schon zur Genüge in den Unternehmertrieben haben. Die freigeberliche Arbeiterkraft wird die gemeinschaftlich und gemeinsinnig arbeitenden Betriebe des Verbandes sozialer Baubetriebe auf jede Art und Weise unterstützen, die Gewinn- und Dividendenjägerkolonnen christlicher oder anderer Richtung jedoch mit allen Mitteln bekämpfen und ausschalten.

### Bau-Werkmeister.

#### Ist der Bolter an der Baustelle nötig?

Diese Frage werden sich die Bauarbeiter, ganz besonders aber unsere Kollegen in den sozialisierten Betrieben einmal vorlegen müssen, um sich die Tätigkeit der Bolter zu vergegenwärtigen. Die sachliche Beurteilung dieser Frage wird zu der Überzeugung führen, daß ein Bolter auf der Baustelle sein muß. Wenn diese Frage einmal grundsätzlich geregelt ist, dann wird auch den Boltern klar werden, daß sie nicht in eine Sonderorganisation gehören, sondern daß sie mit den Bauarbeitern gemeinsam organisiert sein müssen.

So alt das Baugewerbe ist, so alt ist auch der Begriff Bolter; nur die Bedeutung und die Schreibweise des Wortes ist dem Wandel der Zeit unterworfen. In den ersten Anfängen, in der Bauhüttenzeit, später in der Zunftzeit, war der Parlier (Spracher) der Vertrauensmann der Arbeiter. Er wurde in den meisten Fällen von den Gesellen gewählt. Verantwortlich in dem Umfang, wie die der Bolter heute zu übernehmen hat, war damals nicht von ihm zu tragen, insbesondere nicht über die Ausführung der Arbeiten. Zuerst mußte der Baumeister, später der Unternehmer selber Handwerkermeister sein. Dabei ist zu beachten, daß es ein Verbindungsweesen im heutigen Sinne, also Aufgliederung der Bauten, kaum gab. Diese kam erst in neuerer Zeit zur Bedeutung. Nach der Gewerkefreiheit war es allen Personen, selbst Gesellschaftern, sogenannten juristischen Personen, freigestellt, ein Gewerbe auszuüben, wenn sie auch selbst nicht die geringsten Kenntnisse des Gewerbes besaßen. Sie nahmen sich einfach Leute, die das Handwerk verstanden. Und diese Zeiten bestehen noch jetzt. Von dieser Zeit an ändert sich auch die Bedeutung des Begriffs Bolter. Der Bolter ist im Grunde genommen der Mann, der das Handwerk in all seinen Einzelheiten kennen soll. Aber nicht nur Kenntnis im Handwerk ist erforderlich, sondern er muß auch über die nötigen technischen Kenntnisse verfügen, er muß den Plan des Ingenieurs oder Architekten in die Praxis umsetzen. Es soll gegeben werden, daß viele Bolter ihre Tätigkeit, und besonders bei den sogenannten Wäulöwen, darin erblickten, aus den Knochen der Arbeiter alles mögliche herauszuholen zum Nutzen der Unternehmer. Sie waren im wahren Sinne des Wortes Menschenteiler. Doch dies nur nebenbei.

Jetzt steht, daß der Bolter nicht durch jeden tüchtigen Maurer oder Zimmerer ersetzt werden kann, sondern daß, wenn der Bolter zu werden, sich vorher die erforderlichen technischen Kenntnisse aneignen muß. Viele Bauarbeiter stehen auf dem Standpunkt, daß an der Baustelle, wo ein Bauführer ist, der Bolter überflüssig sei. Dies trifft nicht zu; denn dem Bauführer fehlt oft die langjährige Erfahrung im Gewerbe und im Umgang mit den Bauarbeitern. Gleich gibt es auch Zeichner und Bauführer, die praktische Erfahrung besitzen und die den Umgang mit den Arbeitern verstehen. Aber das sind meistens die, die sich erst in reiferen Jahren zu Bauführern entwickelt haben. Im großen ganzen kann man sagen, daß der Bauführer wohl den Bolter im Notfalle ersetzen kann, daß er aber nie dazu berufen sein wird, den Bolter zu verdrängen. Nur, wo das Verständnis dazu treibt, daß

diese beiden, Bolter und Bauführer, zusammenarbeiten, wird ganze Arbeit geleistet und vorteilhaft gearbeitet werden können. Dr. Wagner, Leiter des Verbandes sozialer Baubetriebe, hat in der „Sozialen Bauwirtschaft“ das Dreistellungssystem im Wirtschaftsleben gelehrt. Er sagte, daß einer dem andern keine Kenntnisse mitteilen soll, daß er zugleich erzeugender Arbeiter, Lehrer und Schüler sein soll. Dieses System ist anzuwenden. Es wird aber auch, wenn dieses System verwirklicht werden soll, der Bolter seine nebenwärtige Rolle spielen dürfen. In ihm ist der Übergang vom Gesellen zum Geschäftsführer oder technischen Leiter vorbepert. Im Bolter wird sich die Fähigkeit des Einzelnen zeigen, ob sich der Grundriß, freie Wahr den Tüchtigen, verwirklichen soll.

Ein Beispiel der Theorie Dr. Wagners soll hier gegeben werden. Der Bolter ist im Betriebe als solcher beruflich tätig. Das ist die erste Stellung. Als Bolter kommt er auch als Lehrer für den Maurer in Betracht; er soll den Maurer lehren, was alles zur Bolterarbeit gehört. Dies ist seine zweite Stellung. Ferner soll er auch noch Schüler des Zeichners sein, damit er von diesem alles das lernt, was ein Bauführer oder Geschäftsführer braucht. Das ist seine dritte Stellung. Beim Maurer ist es ebenso. Er soll als Maurer seine berufliche Tätigkeit ausüben, zugleich Lehrer des Zeichners sein und Schüler des Bolters. So wird jeder, mit Ausnahme des Zeichners,

### Am 4. März ist der 9. Beitrag fällig.

der ja auch für die Erzeugung noch nicht so sehr in Frage kommt, seine Stellung im Wirtschaftsleben aufpassen müssen. Die Theorie Dr. Wagners verlangt also das Vorhandensein des Bolters im Baugewerbe.

Unsere Hauptzielvorhaben verlangen, daß überall an größeren Baustellen eine Person vorhanden ist, die die Verantwortung zu übernehmen hat. Auch die Arbeiterentscheidungen verlangen das. Bei Ausführungen von Eisenbetonarbeiten wird es sogar notwendig ausgedrückt, es heißt in den Bestimmungen für den Eisenbetonbau: „Der Name des verantwortlichen Bauleiters und seines an der örtlichen Baustelle bestimmten Vertreters (Bolter) ist vor Beginn der Bauarbeit der Baupolizei anzugeben.“ Auch in der neu zu errichtenden Wirtschaftsform werden ähnliche Bestimmungen bestehen müssen.

Was über die Notwendigkeit des Bolters an der Baustelle in erster Linie bestimmend ist, das ist die Ausführung solider, einwandfreier Arbeit. Der Bolter sollte und sollte darauf achten, daß keine Pfuscharbeiten ausgeführt werden, daß nicht auf Kosten der Güte der Nutzen des Unternehmers wahrgenommen wird. Dann würde sich auch der sogenannte Kontrollbolter, der bei Regiebauten vielfach eingestellt wird, erübrigen.

Wer daran denkt, wie gefährlich und vielseitig das Baugewerbe ist, der wird einsehen, daß ein Mann an der Baustelle sein muß, der alle Gefahren und Vielseltigkeiten kennt. Der Bolter ist, jeder Arbeiter an den Platz zu stellen, an dem er unter möglichster Berücksichtigung seiner Kräfte in der Lage ist, wertvolle Arbeit zu leisten. Gerade diese Fähigkeit fehlt manchen Boltern. Auch dadurch, daß unpraktisch und überleitet verfußt wird, werden die meisten Streitigkeiten entstehen. Die Bauarbeiter finden bald heraus, ob sie mit einem umfichtigen und geschickten Bolter zu tun haben. Wenn sie das erkannt haben, dann sollen sie aber auch in einem guten Bolter nicht den Gegner erblicken, sondern den Mitarbeiter, dessen Anordnungen befolgt werden müssen. Auch in dieser Beziehung haben die Bauarbeiter in früheren Jahren gefehlt. Sie haben alle Bolter gleich behandelt und keine Ausnahme gemacht und so gewissermaßen dazu beigetragen, daß die Bolter zu der Gründung einer eigenen Organisation schritten. Also gegenwärtige Verhältnisse ist nötig, wenn sich ein kollegiales Verhältnis entwickeln soll. Dazu gehört auch, daß der Bauarbeiter die Erstzinstberechtigung des Bolters nicht befreit und zu erkennen gibt, daß er nicht den Bolter ersetzen will, wenn dieser mit dem Unternehmer in Streit kommt. Dann muß der Bauarbeiter zeigen, daß er kein Solidaritätsgefühl auch dem Bolter gegenüber anzuwenden weiß. Der Bolter aber muß zeigen, daß er nicht nur die Interessen des Unternehmens vertreten will, sondern auch die der Bauarbeiter. Der Bolter allein wird nicht in der Lage sein, seine wirtschaftliche Lage zu festigen. Er kann das nur gemeinsam mit der gesamten Arbeiterkraft. Dazu ist nicht Sonderorganisation, sondern Einheitsorganisation. H. P.

### Isolierer und Steinholzleger.

Für die Gruppe der Steinholzleger soll bekanntlich ein Reichstärkvertrag abgeschlossen werden, und es haben auch bereits einmal Verhandlungen stattgefunden, bei denen man über die Vorbesprechungen nicht sehr weit hinauskam. Bei der Besprechung der Kardinalfrage über die Löhne und die Auslösung gerieten die Verhandlungen ins Stocken. Mittlerweile sind in einigen Orten Bräutigamsverträge abgeschlossen worden, die alle in der Aussicht auf den kommenden Reichstärk aufgebaut wurden. So in Berlin, Frankfurt, während der Rheinland-Westfalen ein Bezirksvertrag abgeschlossen wurde, der unsere wesentlichen Forderungen zum Reichstärk verwirklichte. In einigen anderen Großstädten wollten die Gewerkschaften bereits seit längerer Zeit in Lohnbewegungen eintreten, die wir im Hinblick auf die in Aussicht gestellten weiteren zentralen Verhandlungen immer wieder zurückstellten. Wiederholt haben wir uns an den Verband der Steinholzfabricanten und an den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gewandt und unter ausdrücklichen Hinweis auf die drohenden Verwicklungen um Beschlagnahme der Verhandlungen ersucht. Nachdem nun für den 21. Februar zentrale Verhandlungen für das Baugewerbe angelegt waren, verlangten wir erneut die Fortführung der Reichstärkverhandlungen für die Steinholzleger zum 28. beziehungsweise 24. Februar. Wir erhielten daraufhin mit dem Datum vom 13. Februar folgendes Schreiben des Arbeitgeberbundes:

Wir teilen Ihnen im Einverständnis mit dem Verband deutscher Steinholzfabricanten mit, daß die Verhandlungen für das Steinholzgewerbe erst nach Beendigung der zentralen Verhandlungen über die Erneuerung des Reichstärkvertrages für das Baugewerbe stattfinden können, da der neue Reichstärkvertrag für den Inhalt des Tarifvertrages für das Steinholzgewerbe maßgebend sein wird.

Dem brauchen wir wohl kaum etwas hinzuzufügen, denn hieraus ergibt sich ohne weiteres die bekannte Verzögerungsschikale. Die Steinholzleger sollen mit der Regelung ihrer Löhne warten bis in den Mai oder gar Juni hinein, denn, wenn wirklich, was vorläufig noch als fraglich erscheinen muß, der neue Reichstärkvertrag für das Baugewerbe bis zum 1. April fertig sein würde, so muß doch nach obigem Schreiben angenommen werden, daß dann noch mehrere Wochen oder Monate vergehen, ehe man sich über den Reichstärk für das Steinholzgewerbe einig geworden ist. Ob unsere Kollegen noch so lange Geduld mit der Regelung ihrer Lohnverhältnisse haben, steht auf einem andern Blatt. Wir haben jetzt keine Ursache mehr, die Kollegen durch Hinweis auf den baldigen Abschluß eines Reichstärkes von der energischen Vertretung ihrer berechtigten Forderungen zurückzuführen.

### Internationale Bauarbeiterbewegung.

#### Zwei französische Bauarbeiterverbände.

Am 28. Januar tagte in Paris eine Delegiertenversammlung der Ortsgruppen des französischen Bauarbeiterverbandes, die dem französischen Gewerkschaftsbund treu zu bleiben beschlossen hatten. Bekanntlich haben zu Weihnachten die anarcho-kommunistisch gerichteten Gewerkschaften Frankreichs in Paris einen Kongreß abgehalten, auf dem beschlossen wurde, aus dem Gewerkschaftsbund „provisorisch“ auszutreten und einen „provisorischen“ Gewerkschaftsbund zu gründen. Zu diesen Gewerkschaften gehörte auch der Bauarbeiterverband. Nachdem sich 2 Wochen darauf aus verschiedenen Ortsgruppen ein Komitee zur Neukonstitution des Bauarbeiterverbandes gebildet hatte, fand die eingangs gemeldete Delegiertenversammlung statt, um die Neugründung zu vollziehen.

Etwas 40 Delegierte aus allen Provinzen nahmen an den Sitzungen teil. Darunter befanden sich die bekanntesten und erprobtesten Führer der französischen Bauarbeiter, soweit sie nicht durch die Wählerere der letzten 2 Jahre hinausgeekelt worden sind. Nach einer genauen Prüfung der abgeführten Beiträge vertraten die Delegierten 15000 Mitglieder. Der alte Verband zählte am Jahreschluss nach den Angaben der Verbandsleitung 45000, nach den Angaben des neuen Verbandes 30000 Mitglieder. Bedenkt man, daß der französische Bauarbeiterverband am Schluss des 1. Vierteljahres 1920 rund 200000 Mitglieder zählte, dann kann man das Zerstückwerk der kommunistischen Zellenbauer ermaßen. Man kann daraus aber auch die Hoffnung schöpfen, daß es dem rekonstituierten Verbands gelingen wird, die Wunden zu heilen, die der selbstmörderische Kampf der Arbeiterschaft geschlagen hat, und den Verband zu einer Macht auszubauen, die der systematischen Verlängerung der Arbeitszeit und Herabdrückung der Löhne durch die Unternehmer ein Halt zu gebieten imstande ist. Zu bemerken ist, daß Kollege Imbs als Vertreter der elsass-lothringischen Bauarbeiterorganisationen der Delegiertenversammlung beizohnte. In ihrer großen Mehrheit werden die Elsass-Lothringer dem neugebildeten Verbands angehören.

Die Konferenz, die unter dem Vorsitz von Imbs tagte, nahm eine Reihe von Beschlüssen an. In einer längeren Resolution, die zur Spaltung Stellung nimmt, heißt es:

„Im Hinblick auf den Artikel 26 der Statuten des Verbandes, der folgendermaßen lautet: Artikel 26. Der Verband ist dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund und den internationalen Bauarbeiterorganisationen angeschlossen. . . .“

In Erwägung, daß der Vorstand und der Beirat des Bauarbeiterverbandes bewußt die Verbandsstatuten verletzt und versucht haben, die angeschlossenen Ortsgruppen außerhalb des Gewerkschaftsbundes zu stellen, beschließen die Kameraden und Delegierten der Bauarbeiterorganisationen, getreu den Statuten des Verbandes und des Gewerkschaftsbundes, daß der Bauarbeiterverband (Fédération Nationale Confédérée des Travailleurs de l'Industrie du Bâtiment et des Travaux Publics) seine Existenz innerhalb des Gewerkschaftsbundes fortsetzt. . . .“

Weiter wurde beschlossen, eine energische Aktion zur Durchführung des Achtstundentages zu unternehmen und die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums auf 10000 Franken zu verlangen.

Bezüglich des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete wurde beschlossen, gemeinsam mit dem französischen Gewerkschaftsbund die Kampagne für die deutschen Sachlieferungen fortzusetzen und die Verhandlungen mit den deutschen Bauarbeiterorganisationen zwecks Beteiligung deutscher Bauarbeiter am Wiederaufbau fortzuführen.

Bezüglich der ausländischen Bauarbeiter, die von den Unternehmern zum Zweck der Lohnrückerei importiert werden, wurde beschlossen, sich mit der Bauarbeiter-Internationale ins Einvernehmen zu setzen, um diese Machenschaften der Unternehmer zu unterbinden.

Schließlich wurden gewählt: Constant (Orleans), Generalsekretär; Collé (Paris), Verwaltungsssekretär; Cordier (Paris), Propagandasekretär; Charbonnier (Paris), Goutier (Paris), 1. und 2. Kassierer. Dem erweiterten Vorstand (Commission Exécutive) gehören an: Chureau (Rennes), Dewart (St-Quentin), Logay (Lyon), Mourguos (Bordeaux), Vaillant (Lille), Imbs (Straßburg) Roue (Clermont-Ferrand) Dulong, Berchou, Gaillard, Selinghoffe und Perrot (Paris).

### Vom Bau.

**Berlin.** Die Tätigkeit des Bautenkontrollers, er befindet sich seit August 1920 im Amte, für den sechszehnten Groß-Berliner Verwaltungsbezirk Köpenick wird etwa zur Hälfte für Verwaltungsarbeiten der Bau Polizei in Anspruch genommen. Im abgelaufenen Jahre besuchte er auf 258 Kontrollgängen 143 Bauten. Von den dabei angetroffenen Verstößen gegen die Unfallverhütungs- und sonstigen Schutzvorschriften waren viele leichter Art. In 19 Fällen war jedoch sehr grobe Fahrlässigkeit festzustellen. Es bedurfte sogar baupolizeilicher Hilfe, die Mängel zu beheben. Auf einigen Baustellen traf leider auch die Bauarbeiter ein Verstoß. Denn, obgleich es nicht an Rüstzeug fehlte, waren Balkenlagen und andere Deckungen gar nicht oder mangelhaft abgedeckt, Fang- und Schutzgerüste unangemessen ausgeführt. Die Unterkunftsräume ließen allgemein viel zu wünschen übrig. Vielfach dienten sie als Baustofflager. Bei kleineren Bauten, Ein- und Zweifamilienbauten gab es manchmal überaus kleine Baubuden. Hier verbrachten die Bauarbeiter die Arbeitspausen bei der kalten Jahreszeit im Freien. Mit den Worten steht es nicht besser. Dächer fehlten größtenteils, ebenso waren die Wände undicht. Diese Mängel zu beseitigen, war besonders schwierig, weil Bauherren wie Unternehmer die verhältnismäßig geringen Kosten scheuen. Von der Gerichtigkeit ordentlicher Schutzgerüste suchten einige Bauunternehmer dadurch freizukommen, daß sie angaben, die Kosten hierfür in ihren Kostenaufstellungen nicht berücksichtigt zu haben und nun die Bauauftraggeber für die Kosten besonders in Anspruch zu nehmen suchten. Diese weigerten sich natürlich, und so bedurfte es vieler Mühe, ja sogar baupolizeilicher Zwangsmassnahmen, die Bauunternehmer zur pflichtgemäßen Erfüllung der gesetzlichen Schutzvorschriften zu zwingen. Bei 12 Unternehmern war das Rüstzeug jedoch. Einer von diesen erklärte auf den Vorhalt des Kontrollers, es werde trotzdem gearbeitet, es müge biegen oder brechen. Bei Übrigen fehlten oftmals die fachlich erfahrenen Personen, so daß sich manche Unfälle infolge von Zusammenstößen ereigneten. Verbandszeug war besonders auf kleineren Bauten ungenügend oder fehlte gänzlich. Wollen die Bauarbeiter ihr Leben und ihre Gesundheit schützen, so müssen sie selbst mehr als bisher darauf achten, daß die Schutzvorschriften gewissenhaft beachtet werden. Damit unterstützen sie den Bautenkontrollen bei seiner schwereren Aufgabe am wirksamsten.

**Dividendenwesen.** Die Aktiengesellschaft Feld & Franke will ihr Aktienkapital um 11 Millionen Mark erhöhen. Für das vergangene Geschäftsjahr verteilt die Gesellschaft eine Dividende von 15 % und 5 % Bonus gegen 15 % beziehungsweise 10 % im vorhergehenden Jahr. — Die „Union“-Baugesellschaft erhöht ihr Aktienkapital von 5,5 Millionen Mark auf 16 Millionen Mark. Die Geschäftsaussichten für 1922 sind sehr günstig. Die Aktiengesellschaft für Tiefbau W. Billi-top, Berlin, hatte im letzten Geschäftsjahre einen Gewinn von 3 565 342 M gegen 1 812 301 M im Jahre 1920. Dieser Gewinn wurde wie folgt verwendet: Antikontingente 2 031 988 M, Abschreibungen 435 035 M, Gewinnvortrag 44 222 M, 25 % Dividende auf 4 Millionen Mark Kapital, 6 % Vorzugsdividende auf 500 000 M Kapital, 155 076 M zum Reservefonds. Die Anhaber der Vorzugsaktien erhielten also nur 31 % Dividende.

**Warenstoffmangel wegen Wagenmanuels.** In großen Bezirken Deutschlands herrscht seit dem Herbst angeblich großer Mangel an Eisenbahnwagen. Wir schreiben ausdrücklich angedeutet, denn bisher hat noch niemand mitteilen können, wo denn die bis vor wenigen Monaten mittelmäßig vorhandenen Wagen plötzlich geblieben sind. Und wie wenig es der Eisenbahnverwaltung mit der Behebung des Mangels ernst ist, zeigt nachdrücklich Meldung: Die Privatindustrie will dem Wagenmangel durch Bestellung eigener Wagen für Zement, Kalk, Gips, Steine usw. abhelfen. Darauf antwortete die Eisenbahndirektion Hannover, daß die genannten Waren zur Beförderung in eigenen Wagen nicht zugelassen würden. Frage: Welche Zwecke verfolgt die Eisenbahnverwaltung mit ihrer Sabotage?

**Submissionsblüte.** Man hat bei Vergabe von Bauarbeiten schon manchmal über die Submissionsblüten den Kopf geschüttelt und sich gefragt, wie es nur möglich ist, daß die Preisangebote so kolossal verschieden sind. Im Wabende wurden die Arbeiten für den Ausbau des zweiten Murgwerkes (Stauwerk) in Schwarzenbach ausgegeschrieben. An der Vergabeung sollen sich 40 Firmen beteiligt haben. Die höchste Forderung war rund 24 Millionen Mark, die niedrigste 74 Millionen Mark. — Man muß annehmen, daß entweder die eine Firma an dem Objekt 160 Millionen verdienen will oder, daß die Firma, die das niedrige Angebot abgab, glaubt, solange Arbeiten auszuführen, bis die 74 Millionen verausgabt sind. Jedenfalls rechnet man aber damit, daß in der heutigen Zeit die Angebote sinnföhl sind, sobald neue Löhne und Materialpreise eingeführt werden.

### Bücher und Schriften.

**Neue Bahnen.** Aus der Reformpraxis der Deutschen Republik Von Conrad Henrich. Verlag: Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis 18 M. Der Verleger dieses Buches hatte in einer für das deutsche Volk außerordentlich kritischen Zeit, nach dem Zusammenbruch des alten Regimes eins der schwerigsten Staatsämter übernommen, die die Deutsche Republik zu vergeben hatte. Die Erfahrungen, die er als Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung gesammelt hat, die Fortschritte, die wir im Augenblick haben, und nicht zum wenigsten die Art, wie die Reaktion auch in der Republik das Feld nur Schritt für Schritt räumt, sind es gewesen, die ihn veranlassen, das vorliegende Buch zu schreiben. Unter dem vielen Ueberflüssigen, das heute gedruckt wird, wirklich einmal ein nützliches und gutes Buch.

### Bekanntmachung der Bezirksausschüsse.

#### Bezirk Hamburg.

Der am 29. und 30. Januar getagte Bezirksstag für den Bezirk Hamburg hat folgende Personen in den Bezirksausschüß ernannt: Als Vorsitzender Wilhelm Müller, Befendenderhof 57, 3. St., Zimmer 32; als Kassierer Wilhelm Behrmann, Rostocker Straße 15, Haus 1, 2. St.; als Beisitzer Heinz Schlüter, Befendenderhof 57, 3. St., Hugo Stern, Befendenderhof 57, 3. St., Emil Woppig, Befendenderhof 57, 3. St. (Schriftführer), Wilhelm Stallbaum, Harburg, Gr. Schippsee 19, 2. St. und Hermann Wiße, Giffstr. 11, 2. St.

#### Bezirk Frankfurt a. M.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand berufen wir hiermit auf den 25. und 26. März nach Frankfurt a. M., Gewerkschaftshaus, Am Schwimmbad, einen ordentlichen

#### Bezirksstag

ein. Beginn am 25. März, nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: 1. Bericht des Bezirksausschusses. 2. Stellungnahme zum Verbandstag. 3. Lohn- und Tarifpolitik. 4. Sozialisierung. 5. Werbearbeit. 6. Wahl des Bezirksausschusses. Die Wahl der Abgeordneten zum Bezirksstag geht nach § 16 der Verbandsfassung vor sich. Als Ausweis haben die Abgeordneten Mandat und Mitgliedsbuch mitzubringen.

Der Bezirksausschüß. F. A.: Heinrich Hüttmann.

#### Bezirk München.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand berufen wir hiermit auf Sonntag, 12. März, den ordentlichen

#### Bezirksstag

ein. Die Tagung beginnt punkt 9 Uhr vormittags im Nebenlokal des Gewerkschaftshauses, München, Pestalozzistraße 40. Tagesordnung: 1. Bericht des Bezirksausschusses. 2. Stellungnahme zum Verbandstag. 3. Sozialisierung des Bauwerkes. 4. Anträge, soweit diese nicht in vorhergehenden Punkten erledigt worden sind. 5. Wahl des Bezirksausschusses. — Die Wahl der Abgeordneten hat nach § 16 unserer Satzungen zu geschehen. Die Abgeordneten haben sich durch Verbandsbuch und Mandatsbescheinigung zu legitimieren. Weiteres wurde den Verwaltungen der Vereine durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Der Bezirksausschüß. F. A.: F. Partl.

#### Bezirk Stuttgart.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand berufen wir zu Sonntag, den 12. März, den ordentlichen

#### Bezirksstag

ein. Beginn morgens 9 Uhr im Saal 3 des Gewerkschaftshauses in Stuttgart. Tagesordnung: 1. Bericht des Bezirksausschusses. 2. Stellungnahme zum Verbandstag. 3. Lohnbewegung. 4. Die Sozialisierung des Baugewerbes. 5. Wahl des Bezirksausschusses. 6. Erledigung von Anträgen, soweit sie in vorhergehender Tagesordnung nicht erledigt sind. — Die Wahlen sind nach der von den Vereinen übermittelten Wahlordnung, vorzunehmen. Anträge an den Bezirksstag sind spätestens bis zum 5. März an die Bezirksleitung einzureichen. Die Mandate werden den gewählten Abgeordneten durch die Bezirksleitung zugestellt.

Der Bezirksausschüß. F. A.: Philipp Werner.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

**Arbeitslosenstatistik.** Nach einer vom Reichspostministerium eingeholten Auskunft sind die Berichtszahlen für die Uebermittlung der Arbeitslosenfrageergebnisse von den Vereinen an die Bezirksleitung oder von den Poststellen an ihre Vereine als Postkarten freizumachen, wenn sie als Karten zur Post gegeben werden. Ist es also nicht möglich, die Karten einer andern Sendung beizulegen, so müssen sie mit 1,25 M. freigemacht werden. Das Druckfachporto ist somit für derartige Karten nicht zulässig.

Um nun die dadurch für die Arbeitslosenstatistik entstehenden, außergewöhnlich hohen Portofosten herabzumindern, hat der Verbandsvorstand beschloßen, die bisher an jedem Montag vorgenommene Arbeitslosenstatistik zu vereinfachen.

Dementsprechend sollen die arbeitslosen Verbandsmitglieder monatlich nur noch einmal gezahlt werden, und zwar an jedem letzten Montag im Monat. Etwa ist die an diesem Stichtage vorhandene Zahl der arbeitslosen Mitglieder festzustellen und auf den Berichtszahlen wie bisher weiterzugeben.

Die Arbeitslosenkontrolle wird von dieser Uenderung natürlich nicht berührt. Ebenso können die bisherigen Berichtszahlen weiterbenutzt werden.

Die Vereinsvorstände müssen nach wie vor dafür sorgen, daß die Zahlungsergebnisse möglichst noch am Feststellungstage, spätestens aber am Tage darauf den Bezirksleitern zugestellt werden, damit diese sie noch so zeitig zusammenstellen und dem Verbandsvorstande zuleiten können, daß das Gesamtergebnisse noch in dem ersten nach dem Feststellungstage erscheinenden „Grundstein“ bekanntgegeben werden kann. Die Vorstände der Vereine, namentlich jene, die es mit der pünktlichen Einlieferung der Zahlungsergebnisse nicht immer genau nehmen, werden dringend gebeten, nimmern an jedem Zahlungstage gewissenhaft die Zahl ihrer arbeitslosen Mitglieder festzustellen und der Bezirksleitung weiterzugeben. Bei der zurzeit sehr großen Arbeitslosigkeit ist dies besonders notwendig.

Montag, den 27. Februar, ist der nächste Zahlungstag.

Vom 5. bis 18. Februar haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse gesandt: Mühlstedt 2000 M., Brandenburg 379,20, Barmen 20 000, Bitterfeld 7000, Bochum 60 000, Cammin 782,60, Driesen 36, Duisburg 50 100, Dortmund 61 000, Reggenndorf 1500, Essen 40 000, Fallersleben 800, Frankfurt

am Main 80 000, Gelsenkirchen 49 000, Glauchau 6000, Gladbach in Schlefien 23 779,70, Gröbchen in Schl. 899,40, Garmeln 19 567,85, Kempten 3125, Kolbermoor 1500, Kattowitz 22 176,70, Köln 234 624,90, Lindau 200, Lindau 4000, Lübeck 655,20, Mannheim 111 000, München 12 000, Wiesbad 2000, Maffion 1000, Moers 1474,70, Rosenheim 3000, Remscheid 5000, Reichenbach 4000, Rietheim 1000, Stuttgart 25 209,95, Speyer 25 000, Traunstein 1458,30, Ulm 32 263,86, Wernigerode 8000, Worms 12 300, Wriezen 1000, Walsrode 3000, Waldenburg in Schlefien 66 480,45, Ziefar 600, Ziegenrück 4700.

**Verschiedene Schritte:** Gera 84 M., Kattowitz 30, Kalden: Anklam 180 M., Danzig 900, Felsenberg 36, Grotz. Ziegenort 22,50, Glad 900, Garmeln 450, Kattowitz 6750, Köln 3600, Lpd 675, Marienwerder 157,50, Mrobrungen 2259, Osterode i. Pr. 90, Ribniz 36, Schippenbeil 90, Sulzingen 54, Stettin 450, Stuttgart 900, Speyer 900.

Der Verbandsvorstand.

### Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Verband folgende Mitglieder:  
**Altenstein.** (Ortelburg.) Gottlieb Lipka, 45 J. alt.  
**Ansbadh.** Georg Schön, Sutfataer, 50 Jahre alt.  
**Bayreuth.** Johann Hauenstein, Hilsarb., 52 J. alt.  
**Bielefeld.** Gust. Meier, Hilfsarbeiter, 33 Jahre alt.  
**Tönis Föste,** Hilfsarbeiter, 70 Jahre alt.  
**Blumenhal.** Hermann Fertig, 48 Jahre alt.  
**Buer i. Westf.** (Dorfen.) Friedr. Husse, M., 63 J.  
**Reinhold Schan,** Maurer, 54 Jahre alt.  
**Bunzlau.** (Uslau.) Emil Trispel, Hilfsarb., 31 J.  
**Schemnitz.** Wenzel Skalnik, Maurer, 35 Jahre alt.  
**Danzig.** Wilhelm Schowandt, Maurer, 42 Jahre alt.  
**Angust Weyrowski,** Hilfsarbeiter, 25 Jahre alt.  
**Gedernförde.** Heinrich Erlich, Hilfsarb., 23 J. alt.  
**Frankfurt a. M.** (Niederrode.) Franz Hartig, 21 J. (Hofenbach). Paul Beisert, 69 Jahre alt.  
**Freiburg.** Karl Springmann, Maurer, 50 Jahre alt.  
**Gera.** Franz Kirsch, Hilfsarbeiter, 71 Jahre alt.  
**Hamburg.** Wilhelm Bürger, Hilfsarb., 77 Jahre alt.  
**Theodor Hirsch,** Maurer, 58 Jahre alt.  
**Wilhelm Wendt,** Maurer, 44 Jahre alt.  
**Köln.** Peter Frings, Hilfsarbeiter, 61 Jahre alt.  
**Albert Skudlarek,** Zementierer, 44 Jahre alt.  
**Königsberg i. Pr.** Franz Katzmann, M., 37 J. alt.  
**Otto Wegner,** Maurer, 36 Jahre alt.  
**Gustav Konrad,** Hilfsarbeiter, 36 Jahre alt.  
**Hermann Kleefeld,** Maurer, 47 Jahre alt.  
**Landberg a. d. W.** Franz Schleusener, S., 56 J.  
**Leibschütz.** Georg Gruber, 45 Jahre alt.  
**Leipzig.** Eduard Laue, Maurer, 72 Jahre alt.  
**Hermann Polter,** Maurer, 71 Jahre alt.  
**Hermann Lippert,** Maurer, 62 Jahre alt.  
**Mannheim.** (Ludwigshafen.) F. Marx, Jol., 57 J.  
**Leonhard Klos,** Hilfsarbeiter, 53 Jahre alt.  
**München.** (Dachau.) Josef Ortgieß, Hilfsarb., 51 J.  
**Josef Gitterer,** Maurer, 47 Jahre alt.  
**(Südbiertel.)** Franz Hildebrand, M., 39 J. alt.  
**(Weitenb. Savaria.)** Joh. Weinholzer, M., 70 J.  
**Münster.** Adam Güttschel, Steinhauser, 59 J. alt.  
**Heinrich Ruckdeschel,** Erbarbeiter, 46 Jahre alt.  
**Reine.** Fritz Eder, Maurer, 67 Jahre alt.  
**Wilhelm Habekost,** Hilfsarbeiter, 44 Jahre alt.  
**Birna.** (Langenwolmsdorf.) Aug. Hänsel, M., 63 J.  
**Blauen i. W.** Georg Köhler, S., 35 Jahre alt.  
**Brenzlau.** Wilhelm Kriedemann, M., 67 Jahre alt.  
**Luzurjt.** Ernst Thiele, Maurer, 69 Jahre alt.  
**Schmölln.** August Dix, Maurer, 73 Jahre alt.  
**Emil Jahn,** Maurer, 50 Jahre alt.  
**Stolp.** Hermann Thomar, 76 Jahre alt.  
**Striehn.** (Söggendorf.) H. Podhaisky, M., 44 J.  
**Stuttgart.** Wilhelm Frick, Hilfsarb., 23 Jahre alt.  
**Neuburg.** (Weißberg.) H. Ehrlich, M., 70 J. alt.  
**Waldenburg i. S.** Wilhelm Tag, 79 Jahre alt.  
**Zeit.** Theodor Schulze, Hilfsarb., 59 Jahre alt.  
**Franz Wittmann,** Hilfsarb., 71 Jahre alt.  
**Ziegenhals.** Alois Nitsche.

Gehre ihrem Andenken!

### Der Bezirksverein Dösnabrick sucht 2 Geschäftsführer.

Anstellungsbedingungen: 5 Jahre ununterbrochene Mitgliedschaft im Deutschen Bauarbeiterverband, Kenntnis der Verwaltungsgeschäfte, organisatorische und agitatorische Fähigkeiten. Schriftliche Vorschläge neben einer kurzen Uebersicht über die Tätigkeit eines Geschäftsführers sind bis spätestens 5. März mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen an **Wilhelm Schwemer, Dösnabrick, K o n n f r. 29, 1. St.,** einzureichen. In Dösnabrick herrscht Wohnungsmangel.

### Gemeinnützige Bauarbeiter-Gesellschaft „Selbsthilfe“, E. G. m. b. H., Sitz Mannheim.

Sonntag, 2. April, vorm. 9 Uhr, im Saale der Wirtschaft „Zur Wiederinnung“, S. 6. 40, Generaterversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrates und Entlassung des Vorstandes und Aufsichtsrates. 3. Neuwahl der auscheidenden Vorstände und Aufsichtsratsmitglieder. 4. Uenderung des Statuts, § 24, und Beratung gestellter Anträge. 5. Verschiedenes. — Anträge zur Generaterversammlung müssen bis spätestens 22. März auf unserer Geschäftsstelle P. 4. 4. schriftlich eingereicht sein. Ordne Karte dient als Legitimation.

Der Vorstand: Der Aufsichtsrat: Georg Mangold, Rudolf Schnappinger.

### Carl Wilhelm Martin Nehlsen,

Maurer, geboren am 8. Mai 1874 zu Lübeck, wird von seiner Mutter geucht. Adressatalsadresse ist zu senden an den Bezirksverein Lübeck.